Nr. 196. 37. Jahrg.

Morgen-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 21,— Mk., monatl. 7,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 7,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 10 2) Mk., für das übrige Ausland 14 50 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 12 50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2 50 Mk., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 17. April 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Kapp in Schweden festgenommen.

Stockholm, 16. April. (WTB) Nach „Aftontidningen" ist Dr. Kapp im Badehotel in Södertälje angehalten worden. Er war mit einem Flugzeug nach Schweden gekommen, das in der Provinz Schonen landete, worauf er die Reise mit der Bahn nach Stockholm fortsetzte. Das Hotel teilt mit, daß Kapp am Mittwoch abend in Stockholm ankam und unter dem Namen Dr. v. Kanitz auf der Reise von Deutschland über Malmö Wohnung nahm. Den Zweck der Reise habe er nicht angegeben. Heute mittag kamen zwei Detektivs aus Stockholm in Södertälje an. Der angebliche Dr. v. Kanitz erklärte ihnen, wer er sei. Gegen 3½ Uhr nachmittags begaben sich die Detektive zusammen mit Kapp in Automobilen nach Stockholm. (Das Flugzeug war natürlich dem von Kapp ins Unglück gestürzten Reich gestohlen! Red.)

Die Nationalbolschewisten.

Haftentlassung der Offiziere.

Wie die V. V. N. erfahren, hat sich der Polizeipräsident Richter entschlossen, gegen die im Reichswehrministerium festgenommenen Offiziere, Hauptmann v. Viebahn und Kapitänleutnant Altvater keinen Schutzhaftbefehl zu erlassen, so daß sie beide wieder in Freiheit gesetzt worden sind. Die durch den Staatskommissar für öffentliche Ordnung Dr. Weismann vorgenommene Untersuchung ergab, daß die Offiziere erklärten, sie seien mit Wissen ihrer vorgesetzten Behörde mit Vertretern der Arbeiterschaft in Verbindung getreten, um durch Vermittlung der Führer eine Waffenabgabe zu erreichen. Sie hätten vorgeschlagen, daß die Waffen der Arbeiter in Depots abgegeben werden sollten, die unter gemeinschaftlicher Kontrolle des Reichswehrministeriums und der Arbeiterschaft ständen. Die Vermittlung habe der ihnen persönlich bekannte Herr Bartram übernommen. Dieser habe noch eine Besprechung mit Herrn Wegmann in dessen Wohnung am vorigen Sonntag nachmittag zustandegebracht. In der Besprechung sei von den Offizieren lediglich dargelegt worden, daß das Mißtrauen zwischen Arbeiterschaft und Reichswehr verschwinden müsse. Dazu würde am besten die Waffenabgabe der Arbeiter und eine Verwaltung der Waffen unter gemeinsamer Kontrolle dienen.

Das als Zeuge vernommene Vollzugsratsmitglied Wegmann erklärte demgegenüber, er habe in die Unterredung nur eingewilligt, weil Bartram, den er persönlich auch nicht näher kannte, ihm gesagt hätte, es handele sich um Offiziere, welche die bisherige Politik verdammten und einsähen, daß eine Gesundung Deutschlands nur durch die Diktatur des Proletariats möglich sei. Er habe den Offizieren ursprünglich sein Mißtrauen offen ausgesprochen, aber diese hätten wiederholt die Ehrlichkeit ihrer Gesinnung beteuert. Von einer Entwaffnung der Arbeiterschaft sei nicht die Rede gewesen, sondern von einer Bewaffnung zum gemeinschaftlichen Vorgehen mit der Reichswehr gegen die Regierung. Zum Schluß hätten sich die Anwesenden feierlichst gegenseitig strengstes Stillschweigen zugesagt.

Die Offiziere blieben demgegenüber bei ihrer Darstellung.

Angesichts dieser Aussage war Polizeipräsident Richter der Auffassung, daß entweder die beiden Offiziere wirklich an eine gemeinsame Verschwörung von Militaristen und Kommunisten gedacht hätten — dann gehörten sie ins Irrenhaus und nicht in die Schutzhaft, oder daß sie durch eine List die Arbeiter zur Waffenabgabe hätten veranlassen wollen —, dann seien sie betrogene Betrüger. In jedem Falle komme die Schutzhaft nicht in Betracht, die nur bei unmittelbar dringender Gefährdung der Staatssicherheit verhängt werden dürfe. Ein etwaiges Vorgehen der Offiziere müsse disziplinar- oder strafrechtlich geahndet werden, aber für die Schutzhaft sei in diesem Falle kein Raum.

*

Erinnern wir uns, daß der Kapp-General von Lettow-Vorbeck nach unwidersprochenen Meldungen mit den Hamburger Nationalbolschewisten Dr. Lauffenberg und Wolfheim auf der Grundlage verhandelt hat: „Sowjetdeutschland und Revanchekrieg!", daß Pabst und Lüttwitz geständig waren, mit den linksten Kommunisten Berlins verhandelt zu haben, daß Oberst Bauer sich dem Sowjetvertreter Kopp näherte, daß Major Bischoff nach nach dem Putsch Vertrauensleute zu Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung geschickt hat, um sie für seine Pläne zu gewinnen, gedenken wir schließlich auch noch der seinerzeitigen Verhandlungen des Linksunabhängigen Emil Barth mit gewissen Reichswehrleuten — so erscheinen die Angaben Wegmanns jedenfalls weit glaubhafter als die der Offiziere. Wir verstehen es, daß Genosse Richter das Instrument der Schutzhaft möglichst zu meiden sucht, aber es gibt ja auch eine vorläufige Verwahrungshaft zur Sicherung späterer gerichtlicher Verfolgung. Und wir sind nicht ganz sicher, daß man die Herren v. Viebahn, Altvater, Bartram usw. noch finden wird, wenn man sie in Untersuchungshaft zu nehmen wünschte.

Es ist doch auch höchst merkwürdig, daß diese Offiziere als „Vertreter der Arbeiterschaft" nicht die Parteivorstände der Arbeiterparteien einladen, sondern Leute, von denen weite Arbeiterkreise jetzt zum ersten Male hören und deren Rolle und Tätigkeit noch sehr der Erklärung bedarf!

Im besten Falle handelt es sich um ein gegenseitiges Spiel von agents provocateurs verschiedener Sorten, die einander hineinzulegen versuchten. So mögen sie denn beide drin liegen!

Das Wahlgesetz zum Reichstag.

Von J. Meerfeld, M. d. N.

Die Revolution hat Deutschland das freieste Wahlrecht der Welt gebracht. Gleiches politisches Recht für Männer und Frauen vom zwanzigsten Lebensjahre an, Verhältniswahl, rund vierzig Millionen Wahlberechtigte. Die wahrhaft revolutionäre Tat der Volksbeauftragten hat bahnbrechend gewirkt. Frauenwahlrecht und Verhältniswahl sind fast überall, wo bisher noch beides versagt wurde, in siegreichem Vormarsch begriffen und werden sich die ganze Kulturwelt erobern; in Deutschland aber hat die Reichsverfassung jene beiden Errungenschaften in sich aufgenommen und sie dadurch nach menschlichem Ermessen gegen alle Anfechtungen gesichert. Die Zeiten offener oder versteckter Wahlrechtsräuberei, skandalöser Klassen- und Pluralwahlsysteme sind für immer vorbei. Siegreich hat die Sozialdemokratie das Banner der Volksherrschaft aufgerichtet, ein Volk von politisch Freien und Gleichen geschaffen und dazu die Frau aus der Unwürdigkeit ihrer Helotenstellung errettet.

Bei all ihren Vorzügen war jedoch die seinerzeit von den Volksbeauftragten geschaffene Wahlordnung nur ein Provisorium und mit mancherlei Mängeln behaftet, deren Abstellung einer späteren Zeit vorbehalten bleiben mußte. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat jetzt in einer Reihe anstrengender Sitzungen den Entwurf eines von der Regierung vorgelegten Reichswahlgesetzes durchberaten, worin der Versuch gemacht wird, offenkundige Mängel des damals geschaffenen Wahlrechts zu beseitigen, im übrigen aber die demokratischen Grundlagen jenes Wahlrechts selbstverständlich unangetastet bleiben. Sie sollen sogar noch verstärkt werden, indem in Zukunft auch die sogenannten Reststimmen — nicht verbrauchte Stimmen der Einzelwahlkreise — möglichst vollzählig nutzbar gemacht werden. Der politische Wille des Volkes soll also zukünftig noch klarer und anschaulicher als bisher zum Ausdruck kommen können.

Die Notwendigkeit, schon in kürzester Frist Neuwahlen vorzunehmen, machte es nun freilich unmöglich, die vorgeschlagene völlig neue Einteilung der Wahlkreise bereits für die jetzigen Wahlen durchzuführen. Bei der Kürze der noch verbleibenden Zeit hätten die Verwaltungsorgane kaum die nötigen Vorarbeiten bewältigen können; auch die Parteiorganisationen wären zweifellos in Bedrängnis geraten, wenn sie binnen weniger Wochen ihren gesamten Apparat auf die neue Wahlkreiseinteilung hätten einstellen müssen. Daher bleibt es für diesmal bei den Wahlkreisen von 1919, abgesehen von etlichen dringend notwendigen Verschiebungen untergeordneter Art. Dagegen sind bei der Zählung, d. h. Verwertung der Stimmen bereits durchgreifende Aenderungen vorgesehen, der Ausschuß hat die Bestimmung des Regierungsentwurfs akzeptiert, wonach jeder Kandidat ohne weiteres als gewählt gilt, der in seinem Wahlkreise mindestens 60 000 Stimmen erhalten hat. Er hat sich ferner auf die vorgeschlagene Reichsliste geeinigt und außerdem beschlossen, daß je drei bis vier der jetzigen Wahlkreise zu Wahlkreisverbänden zusammengefaßt werden sollen.

Immerhin sind hier Unterschiede gegenüber dem früheren Entwurf festzustellen. Mit der Schaffung kleinerer Wahlkreise, die der Entwurf vorschlug — und die später zweifellos auch Tatsache werden wird — war zugleich die Zusammenfassung einer Anzahl solcher Kreise zu je einem Verbandswahlkreis vorgesehen, und es sollte den Parteien gestattet sein, ihre Kandidaten von vornherein für den Verbands- anstatt für den Einzelwahlkreis aufzustellen. Dieses Recht fehlt in der neuen Fassung, weil ja die Wahlkreise die bisherige Größe behalten. Um jedoch den Parteien möglichsten Spielraum zu geben, zugleich auch zu verhüten, daß die Reichsliste allzu umfangreich wird, ist die Zwischenstufe des Wahlkreisverbandes in der Form aufgenommen worden, daß für je drei oder vier zusammenzufassende Einzelwahlkreise eine Summierung der den Parteien verbliebenen „nicht verbrauchten" Stimmen erfolgt. Kommen hier mehr als 60 000 zusammen, so fällt ein Mandat jenem Einzelwahlkreis zu, der den höchsten Stimmenrest beigesteuert hat. Die dann noch übrigbleibenden Stimmen werden der Reichsliste zugeführt. Sie wird durch die Einfügung der Zwischenstufe in der Regel nur wenige Mandate erhalten, im Durchschnitt etwa fünf. Erreicht wird aber, daß die Stimme nahezu des letzten Wählers zur Geltung kommt und der politische Wille des deutschen Volkes ganz unverfälscht zum Ausdruck gelangt. Zur Verhütung korrumpierender Kuhhandelsgeschäfte ist übrigens festgelegt, daß in Wahlkreisverbänden nur solche Listen miteinander vereinigt werden können, die auch auf der Reichsliste zu einer Gemeinschaft verbunden sind.

Bei den Beratungen im Ausschuß hat man darüber gestritten, ob die Vorschläge für die Reichsliste vor oder nach den Vorschlägen für die Einzelwahlkreise eingereicht werden sollten. Es tauchte sogar die Ansicht auf, daß die Reichsliste erst zusammengestellt werden dürfe, wenn die Wahlen vollzogen wären, damit die Parteien noch diesen und

Vor der Konferenz von San Remo.

Basel, 16. April. Aus Rom wird gemeldet, daß Nitti in San Remo beantragen wolle, Deutschland und Deutschösterreich sofort in den Völkerbund aufzunehmen.

Nach der bisherigen klugen und weitblickenden Haltung Nittis, wie sie namentlich in der Frage des Wirtschaftsmanifestes und beim Empfang Renners zutage getreten ist, wäre diese erfreuliche Meldung keineswegs unwahrscheinlich. Fraglicher ist allerdings der Erfolg eines solchen Antrages, da Millerand noch immer der Gefangene einer Stimmung des Hasses und des Mißtrauens ist, die er und seine Freunde vom „nationalen Block" übrigens selbst erzeugt haben, und da auch Lloyd George nicht so leicht das Joch der Northcliffepresse wird abschütteln können. Die Aufnahme der früheren Zentralmächte in den Völkerbund würde jedoch wesentlich dazu beitragen, eine neue Aera in den europäischen Beziehungen zu schaffen, und die Franzosen würden die ersten sein, die an einer solchen Wendung gewinnen würden.

Lugano, 16. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Dem „Corriere della Sera" zufolge wird der italienische Staatsminister auf der Konferenz in San Remo die wirtschaftliche Konferenz über das Devisenprogramm und die Rohstoffversorgung leiten. Die Frage der Revision des Versailler Vertrages wird den Hauptverhandlungsgegenstand bilden.

Paris, 16. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts.) In der Kammer machte Briand darauf aufmerksam, daß unbegreiflicherweise auf der internationalen Pariser Konferenz vergessen worden sei, den Grundsatz der internationalen Finanzsolidarität aufzustellen. Dieses Versäumnis könne zweifellos mit einem Appell an Amerika und England nachgeholt werden. Briands Angriff auf diese Unterlassungssünde des Kabinetts Clemenceau wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Paris, 16. April (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Das „Echo de Paris" bringt unter Vorbehalt die Nachricht, die Alliierten hätten beschlossen, Deutschlands Kohlenausfuhr so lange zu verbieten, bis es die Bestimmungen des Versailler Vertrages, betreffend Belieferung Italiens, Frankreichs und Belgiens mit deutscher Kohle, erfüllt hat.

Frankfurt a. M., 16. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Hier eingegangenen Nachrichten zufolge soll Frankreich eine neue schwere wirtschaftliche Schädigung Deutschlands vorbereiten. Frankreich soll nämlich beabsichtigen, die Ausbauarbeiten in den zerstörten Gebieten möglichst auf dem Privatwege zu vergeben. Zu diesem Zwecke sind bereits französische Agenten in Köln und Wiesbaden eingetroffen. Die Reichsregierung soll bereits dagegen protestiert und entsprechende Maßnahmen getroffen haben.

Das fehlte allerdings auch noch, daß nach den Kriegsgewinnlern sich in Deutschland „Wiederaufbaugewinnler" auf Kosten der Volksgesamtheit unter Frankreichs Aegide breitmachten!

Zusammenstoß in Hamburg.

Ein Toter.

Hamburg, 16. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die in der syndikalistischen Arbeiterunion organisierten Erwerbslosen Hamburgs hatten zu Freitag nachmittag eine Versammlung unter freiem Himmel auf dem Heiligengeistfeld einberufen. Trotzdem eine Warnung vom Garnisonältesten erlassen und in der Presse aufs dringendste aufgefordert war, die Vorschriften des Ausnahmezustandes zu beachten, hatten sich einige hundert Personen eingefunden. Eine sehr stark aufgebotene Truppe, die mit Schreckschüssen vorging, versuchte die Ansammlung zu zerstreuen, die sich indessen auf verschiedene Straßenzüge verteilte und durch radaulustige Elemente immer mehr anwuchs. Im Verlauf der Sache wurde eine Person, die trotz mehrfachen Anrufs und Versuchs, sie zu verhaften, nicht stehen blieb, von einem Sicherheitssoldaten **erschossen.** Die Augenzeugen berichten, daß die Tat ein Uebergriff dieses Soldaten war, der sofort festgestellt wurde und bestraft werden soll. Es gelang dann immerhin, die Menge zu zerstreuen.

jenen wünschenswerten Kandidaten unterbringen könnten. Man hat das Für und Wider jener Vorschläge gründlich erwogen und ist zu dem Beschluß gelangt, daß erst die Liste der Einzelkreise, dann erst, aber mindestens sechszehn Tage vor dem Wahltermin, die Reichsliste einzureichen sei. Gegen die Aufstellung der Reichsliste erst nach der Wahl sprachen ungemein triftige Gründe, die hier im einzelnen nicht aufgeführt werden können. Im übrigen sprach bei der Fassung dieser und jener Bestimmung auch die Erwägung mit, daß es verhindert werden müsse, Eigenbröteleien Tür und Tor zu öffnen. Die einschlägigen Paragraphen sind so formuliert, daß ein Mißbrauch der Verhältniswahl durch politische Außenseiter so gut wie ausgeschlossen erscheint.

Vermerkt muß noch werden, daß die Gewährung des Wahlrechts an die Soldaten gegen die sozialdemokratischen Stimmen leider abgelehnt wurde. Ferner, daß das absolute Wahlgeheimnis (mit Kuverts und „Wahlklosett") erneut festgelegt und desgleichen die Auslegung von Stimmzetteln aller Parteien im Wahllokal ausdrücklich vorgeschrieben wurde. Ueber die Beteiligung des Reiches an den Kosten der Herstellung und Verteilung der Stimmzettel wird noch verhandelt. In den Uebergangsbestimmungen wird gesagt, daß in den Abstimmungsbezirken die dortigen Abgeordneten der Nationalversammlung so lange als Reichstagsabgeordnete gelten, bis in jenen Bezirken eine ordnungsmäßige Wahl erfolgen kann.

Schon in den nächsten Tagen wird der Entwurf in der Fassung, die der Ausschuß ihm gegeben hat, an das Plenum der Nationalversammlung gelangen. Voraussichtlich wird er ziemlich unverändert hindurchgesteuert werden. Das Instrument ist dann geschmiedet. Am deutschen Volke und insbesondere seinen breiten Massen liegt es dann, vor der Welt und der Geschichte zu beweisen, daß es seine Freiheit zu nützen versteht und für seine Selbstregierung politisch reif ist.

Das Drama von Mechterstädt.

Taten studentischer Zeitfreiwilliger.

Im Marburg hat sich im Gegensatz zu den kappistisch-alldeutschen Zeitfreiwilligenformationen in den Tagen des Putsches aus linksstehenden Studenten, Angestellten, Arbeitern usw. die „Volkskompagnie Marburgs" gebildet. Auch diese wurde nach Thüringen geschickt, wo sie — anders als die alldeutschen Formationen — in gutem Einvernehmen mit der Bevölkerung ihre Aufgabe erfüllt hat. Die Volkskompagnie konnte aber auch die Wirkungen beobachten, die das Wüten der reaktionären Formationen auf die Bevölkerung ausübte. Als sie am 27. März in Ruhla einrückte, bemerkte sie mit Erstaunen, wie die Bevölkerung panikartig vor ihr die Flucht ergriff. Auf verwunderte Anfragen erfuhr dann die Volkskompagnie, daß man sie für einen Teil der Truppen hielt, die am Mittwoch vorher (24. März) 15 Einwohner aus Bad Thal in bestialischer Weise ermordet hatten. Diese zunächst unglaubliche Nachricht veranlaßte die Volkskompagnie, nähere Erkundungen über dieses Drama einzuziehen, über deren Resultat in einer besonderen Veröffentlichung u. a. folgendes berichtet wird:

Der Bürgermeister von Bad Thal, Herr Schein, berichtete, daß am Mittwoch, den 24. März, gegen 7 Uhr abends plötzlich **Lastautos, mit Maschinengewehren und Geschütz** bestückt und von Marburger zeitfreiwilligen Studenten besetzt, in die **vollkommen friedliche Ortschaft** eingefahren seien und die ahnungslose Bevölkerung unter Drohungen und Rufen: **„Fenster zu! Es wird scharf geschossen!"** in größten Schrecken versetzt hätten. Man fuhr vor mein Haus und das des Gendarmeriewachtmeisters Heß und **verlangte an Hand einer mitgebrachten Liste die Bezeichnung der Wohnungen von 16 Bürgern der Gemeinde.** Wachtmeister Heß wurde dann genötigt, auf Anordnungen eines Oberleutnants im Verein mit der Truppe die Verhaftungen vorzunehmen. Die mit rücksichtsloser Härte **festgenommenen 15 Bürger,** von denen ein Teil **völlig unschuldig** gewesen wäre, der andere Teil sich während des Kappschen Putsches an der **Waffensuche bei reaktionären Bauern** der Dörfer Mechterstädt und Sättelstädt und vereinzelt an der Wegnahme einiger Lebensmittel beteiligt hätte, wären auf einem Leiterwagen verladen worden. Dieser sei an ein Auto gebunden und in Richtung Mechterstädt entführt worden. Herr Bahnassistent Rudolph fügte hinzu, daß die Verhaftungen **unter großen Roheiten und Bedrohungen auch von weiblichen Familienangehörigen** vorgenommen worden seien. Der Arbeiter Herr Albert Rosenstock war ebenso wie die gesamte Bevölkerung einschließlich auch des Herrn Wachtmeisters Heß **entsetzt über die brutale Form,** in der die Verhaftungen vor sich gegangen wären, und schilderte das Aussehen der Lastautos, die mit von **Totenköpfen gezierten Aufschriften** wie „Marburger Studentenkorps" versehen gewesen seien. Außerdem seien die Gefangenen unter Bedrohungen **auf dem Todesmarsch gezwungen worden, „Deutschland, Deutschland über alles" zu singen.** Der Amtsrichter von Thal machte die Angabe, daß die Verhaftungen lediglich durch diesen Studenten und Oberleutnant ohne weitere Legitimation vorgenommen worden seien. Dies wird auch durch offizielle Erklärungen der Brigade Rumschöttel im Thüringischen Landtag und in den Tageszeitungen bestätigt, worin ausdrücklich erklärt wird, daß die Brigade Rumschöttel keinen Befehl zur Verhaftung gegeben hätte. Von allen, welche späterhin die Leichen der Erschossenen gesehen haben, wurde ausgeführt, daß dieselben **in einem grauenhaft entstellten Zustand** aufgefunden seien. Die Personalien seien zum Teil **nur noch an den Kleidungsstücken festzustellen** gewesen. Die Bauern, auf deren Denunziation hin die Verhaftungen vorgenommen worden seien, wären gleichfalls **durch das schreckliche Ende der 15 Unglücklichen aufs tiefste** erschüttert worden.

Nach Eisenach zurückgekehrt, erfuhren wir dann genau, daß die 15 Verhafteten am nächsten Vormittag ermordet und schrecklich verstümmelt, **zum Teil von vorn erschossen, in Zwischenräumen von 100 bis 200 Meter voneinander entfernt, am Rande der Straße Sattelstädt—Mechterstädt aufgefunden** worden seien. Alles dies bestätigte die bürgerliche „Eisenacher Tagespost" am 1. April 1920 in Nr. 78 in einem Aufsatz „Das Drama von Mechterstädt".

Auf Grund dieser Erkundungen sandte die Volkskompagnie ein Telegramm an den Reichskommissar Genossen Grzesinski, das auf schleunigste Klarstellung drängte. **Dieses Telegramm wurde durch den Garnisonältesten Major Ehlers angehalten und nicht durchgelassen.** Von Interesse ist auch die weitere Mitteilung, daß sich unter den studentischen Mördern eine Anzahl Theologen befunden haben. In der Bevölkerung wurde allgemein gesagt, daß **die künftigen „Pfarrer" besonders beteiligt** gewesen seien. Weiter sind von großem Wert die Aussagen der Arbeiter Rudolf Arnold und Alwin Bätz aus Eisenach, die gleichfalls von der Studentenwache in Mechterstädt angehalten wurden. Bätz, der einen Ausweis von dem Abschnittskommandeur bei sich hatte, wurde mit diesem zurückgewiesen unter dem Vorwand, der Ausweis des „Spartakistenhundes" sei gefälscht. Während der Nacht wurden beide seitens der Wachmannschaft **auf das ärgste beschimpft und bedroht.** Im Laufe des Abends seien noch Einwohner von Mechterstädt, darunter 15jährige Knaben und eine 65 Jahre alte Frau, eingeliefert worden. Ueber das weitere sagen die beiden aus:

> Am nächsten Morgen seien sie am Ende der sechsten Kompagnie marschiert; diese habe sie auch bewacht. Es war ein völlig nebliger Morgen; der Kompagnieführer habe sich ihrer angenommen, jedoch seien sie von anderen Angehörigen der Kompagnie, insbesondere von einem Soldaten mit schwarzer Kappe (Mensurmütze), während des Marsches und bei Ruhepausen **unter Schlägen zu Freiübungen (Kniebeugen) gezwungen** worden, unter Aeußerungen wie:
>
> **„Schießt sie tot! Unsere Anatomie braucht Leichen!"**

Auch hätten sie patriotische Lieder singen müssen. Die Frau sei unter diesen Anstrengungen zusammengebrochen und unter wüsten Beschimpfungen auf einen Wagen geladen worden. Auf der Höhe von Teutleben sei die die Steigung nur langsam nehmende Marschkolonne von einer Gruppe Soldaten, die zum Teil aufgepflanzt hatten und von einem Offizier zu Pferde in grüner Jägeruniform mit E. K. 1 und einem Orden auf der rechten Brust geführt wurden, eingeholt worden. Man habe sie (die Zivilisten) begrüßt mit den Worten: **„Ach, da sind ja noch welche!"** Der Offizier sei zum Kompagnieführer der sie bewachenden Kompagnie geritten und habe gesagt, er habe in Halle bei den Spartakistenunruhen einen Armschuß bekommen und kenne die Bande. **„Ich habe nichts mehr zu tun; überlassen Sie mir die Leute!"** Der Kompagnieführer habe sich geweigert, der Offizier sei nach einem Wortwechsel für eine Weile nach vorn geritten und habe dann zurückkommend mit seinen Leuten ihre Bewachung übernommen. **Von diesen sei ihnen dann dauernd zugeredet worden, sie sollten doch fliehen, man habe sie sogar immer mit Bajonetten von der Straße gegen den Straßenrand gedrängt.** Sie hätten aber immer nach vorn gestrebt, um den Anschluß nach der 6. Kompagnie nicht zu verlieren. Späterhin sei ein weiterer berittener Offizier gekommen, der wohl der Führer der ganzen Abteilung gewesen wäre und sie auf ihre Bitten wieder der 6. Kompagnie unterstellt hätte. In Gotha seien sie dann später alle entlassen worden.

Diese Schilderung zeigt, wie die berüchtigten „Fluchtversuche" zustande kommen. — Ueber die Wirkung der Mordtat stellt die Volkskompagnie noch fest, daß nach der Erschießung von Thal die Truppe, die durchweg zu der Bevölkerung bis dahin in einem freundschaftlichen Verhältnis gestanden hatte, in ganz Eisenach keinen Schuhmacher mehr finden konnte, der bereit war, für die Marburger auch nur den Hammer in die Hand zu nehmen. In den Gegenden, wo diese Tat geschehen ist, sei alles ins linksradikale Fahrwasser gedrängt worden. Die Volkskompagnie verlangt schnellste Klärung und Sühnung der Tat durch ordentliche bürgerliche Gerichte. — Wir können uns diesem Verlangen nur anschließen.

Oberschlesien.

Keine Betriebsräte!

Beuthen, O.-S., 16. April. Oberschlesischen Blättern zufolge war heute auf mehreren Gruben Oberschlesiens angeschlagen, daß die interalliierte Kommission in Oppeln das Betriebsrätegesetz für Oberschlesien nicht zulasse.

Gleiwitz, 16. April. Wie der „Volkswille" meldet, ist infolge Ablehnung der Angestelltenforderungen der Angestelltenstreik auf Montag früh festgesetzt worden.

Oppeln, 16. April. Etwa 10 000 Personen nahmen an der Trauerkundgebung bei der Ueberführung des durch einen französischen Soldaten getöteten Güterbodenvorstehers Placek zum Bahnhof teil, von wo die Leiche nach Breslau gebracht wird. Dem Trauerzug schlossen sich je ein Vertreter des englischen, des französischen und des italienischen Militärs an. Die Plebiszitkommission ließ einen Kranz am Sarge niederlegen, ebenso die französischen Truppen. Eine Abteilung französischer Militärs, die am Eisenbahnwagen Aufstellung genommen hatte, zog auf Wunsch einer Deputation wieder ab.

Kriegsverbrecherprozeß.

Ein Henker mit Generalsstreifen.

Wien, 16. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts"). Morgen beginnt hier vor dem Obersten Gerichtshof der Prozeß gegen Feldmarschalleutnant Ljubitschitsch, der 1914 in Ostgalizien eine Anzahl Zivilisten ohne geordnetes Urteil hängen ließ.

Rücksendung internierter Reichswehr. Die in Köln internierten Reichswehrtruppen sind nach Weisung des Marschalls Foch und in Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung in unbesetztes Gebiet zurückgesandt. Die Ablieferung erfolgt an der östlichen Grenze der neutralen Zone, jenseits Siegburgs; die Route war gewählt worden, um das Ruhrgebiet zu vermeiden.

Ein Bolschewistengesetz in Holland. Die Regierung hat in der Zweiten Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht betreffend die Bekämpfung revolutionärer Wühlereien. Mit Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren wird bedroht, wer zu im Auslande befindlichen Personen oder Körperschaften in Beziehungen steht oder tritt, um in Holland eine gewaltsame Umwälzung vorzubereiten oder zu unterstützen. Die gleiche Strafe steht auf die vorsätzliche Einführung von Gegenständen, die eine Unterstützung einer solchen Umwälzung bezwecken.

Moderne Monumentalmalerei.

Während der letzten Jahrzehnte hat die europäische Kunst wiederholte, aber stets ergebnislose Ansätze zur Erzeugung eines großen monumentalen Stils in der Malerei unternommen. Er sollte aus dem Boden des Impressionismus herauswachsen, also auf einer Kunstanschauung beruhen, die in der optisch täuschenden Wiedergabe momentaner Natureindrücke ihr richtunggebendes Ziel sah. Eine monumentale Malerei, ebenso wie eine monumentale Plastik kann sich aber nur im engsten Anschluß an die Architektur entwickeln, und jede Malerei, die sich an architektonische Formen anschließt, bedarf der Linie als Trägerin ihres künstlerischen Ausdruckswillens und muß ihren Charakter als Flächenkunst bewahren und betonen. Dies sind Voraussetzungen, denen der Impressionismus nicht zu genügen vermochte, weil seine Wirkungen nicht auf einem vereinfachenden, streng konzentrierenden Linienausdruck, sondern auf vibrierenden, zerfließenden, zart nuancierenden Farbenstimmungen beruhen, und weil er nicht Flächen gliedern, sondern Tiefenräume gestalten will. Nun wäre allerdings eine Baukunst denkbar, bei der alle konstruktiven Elemente aufgelöst erscheinen, alle festen Linien und Flächen verschwinden und in deren Rahmen daher eine impressionistische Wandmalerei mit ihren die Mauern durchbrechenden, den Blick in grenzenlose Raumausdehnungen weitenden Wirkungen stilistisch am Platze sein könnte. Tatsächlich aber hat es eine solche Baukunst bisher nicht gegeben, und selbst die „malerische" Architektur der indischen Tempel, der Spätgotik, des Barock und des Rokoko ist von diesem Ziel noch himmelweit entfernt. Es bleibt also — bis auf weitere, heute noch nicht zu übersehende Entwicklungen — die Forderung bestehen, daß eine monumentale Malerei vorwiegend Linien- und Flächenkunst sein muß, und jede Kunst, die auf impressionistischen Wirkungen beruht, scheidet daher für diesen Zweck aus.

Dem Ziel, dem der Impressionismus in hoffnungslosem Mühen nachjagte, treibt die Kunst der jüngsten Generation von selber zu. In den modernen Arbeiten, die wir auf den Berliner Ausstellungen gegenwärtig zu sehen bekommen, sind alle Elemente einer monumentalen Malerei zum mindesten im Keime enthalten. Die Gemälde des Ungarn Bela Czobel, der jetzt bei Cassirer (Viktoriastr. 35) ausgestellt hat, zeigen ausgedehnte Farbflächen, die von kräftigen, meist schwarzen Linien ausdrucksvoll umrissen sind. Diese Linien bilden das Gerüst der Komposition, sie sind die eigentlichen Träger des Bildrhythmus. Die Farben schwingen in diesem Rhythmus mit, aber sie haben nichts Bewegtes, nichts Flimmerndes und nichts aus der Tiefe Kommendes, sondern eine ruhige, leuchtende Kraft, die sich auf der Fläche ausbreitet und in festen Formen an ihr haftet. Das „Porträt des Dichters Roland-Holst" (Nr. 15), das „Stilleben" (Nr. 29) und vor allem der „Knabe mit dem Ball" (Nr. 4) sind Beispiele eines Stils, dessen monumentaler Charakter auch in den Aquarellen, noch mehr aber in den Holzschnitten von Christian Rohlfs zutage tritt, die ebenfalls bei Cassirer zu sehen sind. Hier ist die Ausdruckskraft der einfachen Linien von einer so suggestiven Gewalt und Wucht, daß sie das kleine Format der Blätter zu sprengen scheint. Das ist keine Graphik mehr, wie sie der ästhetische Feinschmecker im bequemen Lehnstuhl sitzend behaglich genießt, sondern eine visionäre Flammenschrift, die, über weite Wände ausgebreitet, zu den Massen sprechen will.

Die Betonung der Fläche bei der monumentalen Malerei bringt es mit sich, daß die Anordnung der Figuren und Gegenstände nicht hintereinander, sondern möglichst neben- oder übereinander geschieht. Die Fläche soll eben nicht durch das Vortäuschen einer Tiefenrichtung durchbrochen, sondern, in ihrer wirklichen zweidimensionalen Gestalt betont werden. Die Wandgemälde der alten Griechen und Aegypter, die Mosaiken und Fresken des Mittelalters zeigen diese Kompositionsform, und auch unsere Jüngsten suchen sie sich wieder zu eigen zu machen. Bei der Mehrzahl der Figuren- und Landschaftsbilder von Wilhelm Schmid, die bei Nicolai (Viktoriastr. 26a) ausgestellt sind, tritt dieses Bestreben zutage. Die Linie ist hier überall das Beherrschende und die Gegenstände sind meistens so angeordnet, daß die Hintergründe sich über dem Vordergrund aufbauen. Bei einem Gemälde, das der Künstler trotz des kleinen Formats als „Wandgemälde" bezeichnet, ist diese Anordnung so streng durchgeführt, daß nirgends eine Ueberschneidung stattfindet, sondern jede Einzelfigur in ihrem vollen Umriß sichtbar wird. Bei impressionistischen Malereien, die stets den Eindruck des Momentanen, Zufälligen, unberührt Natürlichen und das Gefühl des unbegrenzten Raumes mit allen atmosphärischen Einflüssen, Licht- und Farbenreflexen erwecken wollen, würde eine solche Kompositionsweise unnatürlich, gezwungen, konstruiert erscheinen. Eine Kunst aber, die weniger die getreue Wiedergabe eines optischen Natureindrucks als die rhythmische Aufteilung einer Bildfläche in Linien und Farben zum Ziel hat, kann diese arrangierende Umschichtung der gegenständlichen Bildelemente unbedenklich wagen. Sie wird dabei immer den Charakter ihres Stils wahren, eines Stils, der in seiner Eigenart die wesentlichsten Voraussetzungen für monumentale Wirkungen enthält.

Es wäre zu wünschen, daß die neue Kunst nicht länger nur auf die Herstellung von Staffeleibildern und graphischen Arbeiten beschränkt bliebe, sondern bald einmal Gelegenheit erhielte, sich in großen Aufgaben raumschmückender Wandmalerei zu betätigen.

Dr. John Schikowski.

Arbeitsgemeinschaft naturwissenschaftlicher Körperschaften. Einen Vorschlag, geboren aus der Not der Zeit, macht Herman Zillig, Vorsitzender des „Naturwissenschaftlichen Vereins Würzburg". — „Wer kann sich durch den Wust naturwissenschaftlicher Zeitschriften noch hindurcharbeiten?" schreibt er in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift". Und in der Tat, wer kann heute bei Bearbeitung einer naturwissenschaftlichen Frage sicher angeben, daß ihm nicht irgendeine wichtige Veröffentlichung über sein Thema entgangen sei, weil sie in irgendeiner Vereinszeitschrift vergraben liegt? Nur eine Zentralisation wenigstens der Vereinszeitschriften läßt hier Abhilfe erhoffen. Die Kosten für Papier und Druck sind ungeheuer geworden, es ist vielen Autoren auch nicht mehr möglich, unter Verzicht auf Entschädigung wissenschaftliche Arbeit zu leisten, und dies wird auf Jahre hinaus so bleiben. Da erscheint der günstige Zeitpunkt gegeben, an eine großzügige Organisation der naturwissenschaftlichen Zeitschriftenliteratur heranzutreten.

Es erscheint heute möglich, eine Organisation der von naturwissenschaftlichen Vereinen und Gesellschaften herausgegebenen Veröffentlichungen durch Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen Körperschaften Deutschlands durchzuführen. Die drei Vorteile: einer gewissen Sichtung des Materials, der leichten Zugänglichmachung der Arbeiten für den Wissenschaftler und der erheblichen Verbilligung der Veröffentlichung für die naturwissenschaftliche Körperschaft liegen auf der Hand.

Freilich hat das Scheitern der allerdings zu ungünstiger Zeit ins Leben gerufenen „Brücke" Wilhelm Ostwalds gezeigt, daß der Wissenschaftler auch für die naheliegenden Probleme großzügiger Arbeitsvereinfachung im allgemeinen heute noch kein Verständnis besitzt. Es handelt sich aber zurzeit um weit mehr, nämlich um die Erhaltung und Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft im Konkurrenzkampf mit anderen Nationen. Aus der Not der Zeit sollte daher eine vorbildliche Zentralisation deutscher naturwissenschaftlicher Literatur entstehen.

„Der Geschlagene" von Schmidtbonn. Im Hamburger Deutschen Schauspielhaus wurde Wilhelm Schmidtbonns neues Drama „Der Geschlagene" uraufgeführt. Es ist eine Dichtung mit mancherlei Körpergebrechen, aber eine Dichtung immerhin. Im Sturze verliert ein Flieger das Augenlicht. Der vom absurden Schicksal Gezeichnete blickt seherisch in verborgene Seelenbezirke. Zuletzt demütigt sich seine wild anmaßende Herrennatur. Auf dem Wege über einen Verdacht geschieht die Entwicklung. Josef Wachholder verdächtigt seine blonde Frau und den weichherzigen Bruder des Ehebruches. Nicht ganz ohne Berechtigung, wie sich herausstellt. Die Lösung ist, daß sich dem Geschlagenen, Mitleidsbedürftigen die Gattin zuwendet. Der Abel im Menschen siegt über den Kain. Schmidtbonn hat es nicht nötig, ein Marodeur fremder Vorzüge und des Zeitstils zu sein. Er gestaltet auf seine lyrische, rethorische und vergeistigende Art die drei Akte. Die Aufführung unter Herman Wlachs Regie war sehr fein und neupathetisch stilsicher. Der Erfolg war unleugbar.

Salheim.

Der größte Radiumbesitz der Welt. Nach einer Mitteilung des tschechischen Arbeitsministers besitzt die Tschechoslowakische Republik gegenwärtig 2 Gramm Radium, die bei einem Preise von 10 000 Kronen für ein Milligramm Radium einen Wert von 20 Millionen Kronen besitzen. Die Tschecho-Slowakei verfügt somit über den größten Radiumvorrat der ganzen Welt.

Die Sommerausstellung der Freien Sezession wird am 17. April, nachmittags um 3 Uhr eröffnet.

Der Künstlertag, der von der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft auf den 22. April, vormittags 11 Uhr, nach dem Herrenhaus berufen ist, gilt dem Thema: Die Bedeutung von Kunst und Künstler im Kultur- und Wirtschaftsleben des deutschen Volkes. Zutritt nur gegen Karten. Geschäftsführung: Willy O. Dreßler, W 30, Rosenheimer Str. 34.

Die Deutsche Philosophische Gesellschaft (Geschäftsstelle: Erfurt, Nordhäuser Str. 21) beruft die diesjährige Hauptversammlung zu Pfingsten nach Weimar ein. Am ersten Tage spricht Prof. Dr. Max Wundt, der Nachfolger Rudolf Euckens in Jena, über „Die deutsche Philosophie und ihr Schicksal".

Die wissenschaftlichen Vorlesungen des Berliner Lehrervereins sind vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht übernommen worden. Das Vorlesungsverzeichnis ist soeben erschienen und durch die Geschäftsstelle, W 35, Potsdamer Str. 120, zu beziehen.

Der Zollernprinz vor Gericht.

Geldstrafen für alle drei.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Den Zeugen Hauptmann Alfred Rougevin, der seit dem September im Hotel Adlon wohnt, fragt der Vorsitzende: Hatten Sie jemals Streit im Adlon? Zeuge: Nein. Vors.: Standen die Ausländer auf, wenn ein patriotisches Lied gespielt wurde? Zeuge: Zuerst nicht. Im Anfang spielte man auch nur hin und wieder patriotische Weisen. Erst in den letzten acht Tagen wurden täglich derartige Lieder gespielt. Sehr viele Ausländer standen deshalb nicht mehr auf. Vors.: Wenn Sie nicht aufstanden, so taten Sie dies doch wohl nicht, um die anwesenden Deutschen zu kränken? Zeuge: Nein. Ich wäre auch diesmal aufgestanden, um höflich zu sein, wenn es sich um eine ernste Angelegenheit gehandelt hätte. Aber ich war der Ueberzeugung, man wollte uns nur zum Besten haben. Vors: Wissen Sie, wer zuerst „Aufstehen" und „Raus" gerufen hat? Zeuge: **Prinz Joachim Albrecht.** Ich konnte das **ganz genau sehen** und hören, weil ich den Prinzen ganz genau im Auge behielt. Vors.: Warum denn? Zeuge: Acht Tage vor diesem Vorfall hörte ich, wie der Prinz in der Garderobe des Hotels einmal die Worte gebrauchte: „Wann wird man Deutschland **von diesen Schweinen** sauber machen?" Vors.: Was sagen Ew. Hoheit dazu? Angekl. Joachim Albrecht: Ich kann mich nicht entsinnen, ich kenne diesen Herrn überhaupt nicht, ich kenne keinen Ausländer. Vors: Haben Sie einmal diese Aeußerung gebraucht? Prinz Joachim: Ja, es ist möglich, daß ich einmal gesagt habe: „Wann wird in Deutschland endlich einmal Ordnung kommen. Vors.: Wenn Sie die Worte gebraucht haben: „Wann wird man Deutschland von diesen Schweinen sauber machen, so wäre das

allerdings eine starke Aufreizung.

Zeuge Rougevin schildert dann den Skandal. Während des Liedes rief der Prinz andauernd: „Aufstehen" und nach dem Liede warf er mit Kerzen nach dem Zeugen. Vors: Der Prinz will die Kerzen nur in einer Aufwallung des Aergers zu Boden geworfen haben. Zeuge: Nein,

der Prinz warf regelrecht,

traf aber keinen. Alle Anwesenden waren erregt und schrien. Ich behielt jedoch lediglich den Prinzen im Auge, der **zweimal** mit einer Kerze warf. Hinter meinem Stuhl fiel ein Glas zu Boden. Mir selbst wurde der Stuhl, auf dem ich saß, **weggerissen und vier oder fünf Personen faßten mich am Kopf und an den Armen. Ich wurde dann über einen Tisch gezogen.** Vors.: Es wird behauptet, daß Sie bei den Rufen „Aufstehen" höhnisch gelächelt haben. Zeuge: Ich wollte niemand provozieren. Vors.: Sie sollen dann gegen den Prinzen Hohenlohe gestammelt sein, der Sie an beiden Armen festhielt. Zeuge: Ich erinnere mich nicht, an jenem Abend den Prinzen Hohenlohe gesehen zu haben. Ich weiß auch nicht, wer mich geschlagen hat. Ich war ganz schwarz und blieb 12 Tage blau. Mein Anzug war völlig zerrissen. R.-A. Chodziesner weist darauf hin, daß Prinz Hohenlohe durchaus nicht franzosenfeindlich gesinnt sei und mit einem Kameraden des Zeugen, dem Kapitän Duvour freundschaftlich verkehrt habe.

Zeuge Oberkellner Seiffert erklärt, Ausländer hätten sich darüber beschwert, daß sie beim Vortrag patriotischer Lieder im Hotel Adlon aufstehen sollten. Der belgische Gesandte habe dem Zeugen erklärt, daß es ihm unverständlich sei, von den in Berlin lebenden Ausländern zu verlangen, sich beim Vortrag des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" zu erheben. Wenn die Republik dieses Lied zur Nationalhymne erhöhe, dann würde er selbstverständlich ohne weiteres aufstehen. Seiffert ist nach seiner Aussage, als der Skandal begann, an den Tisch des Rittmeisters v. Platen gegangen und hat ihn ersucht, sich ruhig zu verhalten, da er sich in einem internationalen Hotel befände. Ob Herr v. Platen gerufen oder gepfiffen habe, könne er nicht sagen. Der Zeuge ging dann an den Tisch des Hauptmanns Klein und beruhigte die Herren. Daraufhin begab er sich zum Tische des Prinzen Joachim Albrecht und steckte die weggeworfenen Lichte wieder in den Kerzenhalter. Dabei hat Seiffert bemerkt: „Verhalten Sie sich ruhig, geworfen wird hier nicht!" Staatsanwalt: Warum gingen Sie gerade an den Tisch des Prinzen Joachim? Zeuge: Der Prinz hatte

schon einmal einen Krach

mit Engländern, die er zwang, sich von den Sitzen zu erheben. Ich brachte die Sache damals in Ordnung und wies den Prinzen Joachim Albrecht, um ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen, am nächsten Tage einen anderen Tisch an. — Der Kellner Körner will gesehen haben, daß der Prinz eine Untertasse geworfen habe. Später, als alles vorbei gewesen, habe er gehört, wie der Prinz zu Adlon gesagt habe:

Na, dann bezahle ich eben die Million.

Kellner Szemetat hat nichts davon gesehen, daß einer der Angeklagten bei der Schlägerei beteiligt gewesen ist. Der Prinz habe aber schon vorher sich über einen anderen Tisch, an dem anscheinend jüdische Ausländer gesessen haben, abfällig geäußert. Kellner Radtke hat nicht gesehen, daß der Prinz geworfen habe. Das habe ein anderer Herr aus der entgegengesetzten Richtung getan. Kellner Kleist hat gesehen, daß Hohenlohe sich über den am Boden liegenden Hauptmann Rougevin gebeugt und mit seinem **Lackschuh nach dessen Gesicht geschlagen** habe. — Vors.: Der Prinz schlug also mit dem Halbschuh auf Hauptmann Rougevin los? Wir kamen denn die beiden Herren auseinander? Zeuge: Rougevin lag am Boden und

der Prinz drosch auf ihn los.

Ich habe deutlich gesehen, daß der französische Offizier vier oder fünf Schläge erhielt. Dann wurde der Prinz von einem Knäuel Menschen fortgerissen. Zeuge Kleist bleibt allen Vorhaltungen gegenüber bei seiner Aussage. Hohenlohe behauptet dagegen, daß der Zeuge ihn ja gar nicht so gut kenne, da er nur einmal vorher im Hotel Adlon gewesen sei. Es müsse unbedingt eine Verwechselung mit einem seiner Verwandten vorliegen. — Auch andere Kellner belasten die Angeklagten.

Kapellmeister Stern erklärt, nationale Lieder seien fast alltäglich im Adlon gespielt worden. Der Prinz habe an jenem Abend das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" bei ihm nicht bestellt, sondern andere „Herrschaften". Mit Rücksicht auf den anwesenden General Nollet habe die Musik damit noch gewartet. Der Prinz habe ihm auch an jenem Abend kein Geld gegeben. Einige Wochen zuvor habe Prinz Joachim Albrecht ihn sogar geraten, den Vortrag des Nationalliedes für einige Tage einzustellen, da es zuviel gespielt würde.

Direktor Plate vom Norddeutschen Lloyd, der am Nebentisch saß, und den Prinzen Joachim Albrecht die ganze Zeit über beobachtet hatte, behauptet auf das bestimmteste, daß der Prinz nicht als erster gerufen habe. Er habe nachher gesehen, daß der Prinz im Unwillen ein Licht auf den Boden geschleudert habe. Das Werfen von anderen Gegenständen habe er bei dem Prinzen nicht bemerkt. Der Zeuge hätte dies unbedingt sehen müssen. Als Plate am Montag danach die Zeitungsberichte las, war er ganz erstaunt darüber, daß man den Prinzen mit der ganzen Angelegenheit in Verbindung gebracht hatte.

Prinz v. Ysenburg sagt aus, daß Prinz Joachim Albrecht nicht mit Lichten geworfen habe. Der Prinz habe sich lediglich an einer Kerze eine Zigarette angezündet.

Der russische Staatsrat Alexis v. Harfeld, der mit seiner Gattin am Tisch des Prinzen saß, bekundet in sehr entschiedener Weise, daß der Prinz sich überhaupt nicht von seinem Tisch entfernt habe. Der Zeuge hat nicht gesehen, daß Prinz Joachim Albrecht geworfen hat.

Dr. Michaelis gibt an, als der Skandal begann, ging Hohenlohe in den Nebensaal und kam nach längerer Zeit echauffiert zurück. Er erzählte, daß einer der Herren ihn an der Brust gepackt, und daß er auch seinen Schuh verloren habe. R.-A. Chodziesner stellt hier fest, daß die Schuhaffäre nicht geklärt sei, da auch Hauptmann Rougevin einen Schuh im Getümmel verloren habe. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß Hohenlohe durchaus nicht franzosenfeindlich gesinnt sei. Die Erregung unter den Gästen über den ganzen Vorfall sei deshalb so groß gewesen, weil man die Franzosen für Polen hielt. — Herr Rhode erklärt, daß er ganz in der Nähe der beiden französischen Offiziere gestanden habe. Als die Rufe ertönten „Aufstehen, aufstehen", zeigten beide Offiziere

ein höhnisches Grinsen.

Vors.: Die beiden französischen Herren bestreiten dies. Zeuge: Das ist absolut unwahr. Das Grinsen war so provozierend, daß eine Prügelei kommen mußte. Die Kellner, anstatt die ausländischen Gäste hinauszuführen, liefen aufgeregt hin und her und riefen nur immer: „Wir sind ein internationales Hotel!" Ich erwiderte einem: „Das ist ein nationales Hotel mit internationalem Publikum. (Schluß der Beweisaufnahme.)

Staatsanwalt Gerlach bezeichnete im Plädoyer den Vorfall als beklagenswert und empörend, weil Angehörige einer fremden Nation, die sich im dienstlichen Auftrage in Berlin aufhielten, beleidigt worden seien. Das **deutsche Ansehen** sei durch das Verhalten der Angeklagten im Ausland **geschädigt** worden. Mitschuldig an diesem Vorfall sei aber auch **die Leitung des Hotels Adlon,** denn es sei ein Unfug, daß in einem Hotel, wo Vertreter aller Nationen verkehren, ein Lied gespielt wird, das die nationalen Leidenschaften entfesselt. Die französischen Herren hätten gar keine Veranlassung gehabt, aufzustehen, da „Deutschland, Deutschland über alles" nicht die deutsche Nationalhymne sei und das Beisammensein im Hotel Adlon keine offizielle Veranstaltung gewesen sei. Im übrigen sei ein Hotelsaal, in dem man gut **und schlemmerhaft** ißt und in dem der Kapellmeister gegen Trinkgeld Operettenschlager und nationale Lieder spielen läßt,

nicht der Platz für nationale Kundgebungen.

Man könne nur bedauern, daß nicht auch die anderen Herren, die an den Angriffen teilgenommen hätten, hier auf der Anklagebank säßen. Hoffentlich kämen diese Herren jetzt endlich zur Vernunft. Im Verhalten Joachim Albrechts sei eine **vollendete Nötigung** zu erblicken. Auch in der Handlungsweise des Rittmeisters v. Platen, gegen den sich allerdings nicht alles aufrechterhalten lasse, müsse man eine Nötigung sehen. Dem Erbprinzen von Hohenlohe-Langenburg könne man seine Schilderung über seine Beteiligung am Vorfall **nicht glauben.** Er sei der **vollendeten Körperverletzung schuldig,** und zwar mittels eines gefährlichen Gegenstandes. Bei der Strafbemessung sei zu berücksichtigen, daß die Herren aus einem, allerdings falsch verstandenen Patriotismus gehandelt hätten. Es sei verständlich, daß

der Anblick der feindlichen Ueberwachungskommission

in Berlin niederdrückend und als Schmach empfunden wurde. Es sei aber dies kein Grund, deswegen gegen einzelne Mitglieder dieser Kommission vorzugehen. Strafverschärfend käme in Betracht, daß die Angeklagten nach Geburt und Erziehung zu den **„ersten Gesellschaftskreisen"** zu rechnen seien und daß sie wissen mußten, daß sie durch ihre Ausschreitungen eine ausländische Regierung mitbeleidigten. Mit Rücksicht hierauf beantragt der Staatsanwalt gegen Joachim Albrecht 500 M., gegen Platen 300 M. und gegen Hohenlohe-Langenburg eine **Freiheitsstrafe von 4 Monaten Gefängnis.**

Nach den Ausführungen der Verteidiger verzichten Hohenlohe und Platen auf das letzte Wort. Joachim Albrecht sprach mit laut schallender Stimme:

Ein deutscher Mann muß für sein Vaterland nicht nur leben und sterben können, sondern auch leiden. Und da fällt mir das alte Lutherlied ein: „Nehmen sie den Leib, Weib Ehr und Kind, laß fahren dahin, sie haben's kein Gewinn, das Reich muß uns doch bleiben." Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre. In der Nation muß fest verankert bleiben das Gefühl: Deutschland, Deutschland über alles über alles in der Welt!

Nach mehr als einstündiger Beratung verkündet Landgerichtsdirektor Baumbach kurz nach 5 Uhr

das Urteil:

Das Gericht ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß **sämtliche** Angeklagte sich **strafbar** gemacht haben. Prinz Joachim Albrecht hat „Aufstehen!" und „Raus!" gerufen. Er hat ein Rotweinglas geworfen und Kerzen geschleudert. Auch v. Platen hat „Aufstehen" und „Raus" gerufen. An seinem Tisch herrschte der größte Lärm, er hat ferner zu den Franzosen hinübergedroht und so im Verein mit der drohenden Haltung der Gäste eine Haltung eingenommen, in der Versuch einer Nötigung zu erblicken ist. Hohenlohe-Langenburg ist der Körperverletzung schuldig, und zwar mittels gefährlichen Werkzeuges. Er hat sich mit Rougevin gefaßt, und es müßte ein merkwürdiges Versehen des Kleist vorliegen, wenn in diesem

---

10]

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Dann hatte Isak wieder einige Wochen vor sich, während der er Land umroden konnte, ehe die Kälte einsetzte und der Boden gefror. Jetzt weidete das Vieh auf den Feldern und wo es wollte. Es machte Isak Freude, mit den Tieren zusammen zu arbeiten und ihre Glocken zu hören. Es hielt ihn zwar auch von der Arbeit ab, denn der Stier stieß gar zu gerne mit seinen Hörnern in die Laubhaufen hinein, oder die Geißen waren droben und drunten und überall, sogar auf dem Dach der Hütte.

Kleine und große Sorgen!

Eines Tages hörte Isak einen lauten Schrei. Inger steht vor dem Hause mit dem Kind auf dem Arm und deutet auf den Stier und die kleine Kuh Silberhorn; die sind Liebesleute. Isak wirft die Haue weg und rennt hinunter, aber es ist zu spät, das Unglück ist geschehen. „Ei, sieh, die Hexe, die ist zeitig dran, erst ein Jahr alt, ein halbes Jahr zu früh, die Hexe, das Kind!" Isak schiebt sie in den Stall hinein, aber es ist wohl zu spät. „Ja, ja," sagt Inger, „es ist nun gewissermaßen gut, sonst wären beide Kühe im Herbst trächtig geworden." — Ach, diese Inger, nein, sie hatte keinen guten Kopf, aber sie wußte vielleicht, was sie tat, als sie am Morgen Silberhorn und den Stier zusammen herausgelassen hatte.

Es wurde Winter, Inger kartätschte und spann, Isak fuhr Klafterholz zu Tal, ungeheure Ladungen von trockenem Holz auf guter Schlittenbahn; alle Schulden wurden getilgt, Pferd und Wagen, Pflug und Egge gehörten nun ihm. Er fuhr mit Ingers Ziegenkäse zu Tal und brachte Webgarn, Webstuhl, Haspel und Scherbaum dafür nach Hause, und wieder brachte er Mehl und Eßwaren, und wieder Bretter, Balken und Nägel; eines Tages kam er sogar mit einer Lampe an. „So wahr wie ich hier dastehe," rief Inger, „du bist verrückt!" Aber sie hatte schon lange erraten, daß die Lampe kommen würde. Am Abend zündeten sie sie an und waren wie im Paradies, der kleine Eleseus glaubte gewiß, es sei die Sonne. „Siehst du, wie verwundert er ist!" sagte Isak. Von da an konnte Inger bei Lampenlicht spinnen.

Isak brachte Leinwand zu Hemden und neue Schuhe für Inger. Sie hatte ihn um verschiedene Farben zum Färben der Wolle gebeten, und er brachte auch diese. Aber eines Tages kam er wahrhaftig mit einer Uhr an! Da war Inger wie aus den Wolken gefallen, und sie konnte eine Weile kein Wort herausbringen.

Isak hing die Uhr mit vorsichtigen Händen an die Wand und stellte sie nach seiner Schätzung; er zog die Gewichte auf und ließ die Uhr schlagen. Das Kind drehte die Augen nach dem tiefen Klang und sah dann die Mutter an. „Ja, du kannst dich wohl verwundern!" sagte sie und nahm den Jungen auf den Schoß und war selbst gerührt. Denn von allem Guten hier in der Einsamkeit konnte sich nichts mit der Wanduhr vergleichen, die den ganzen dunklen Winter hindurch ging und die Stunden richtig schlug.

Dann war alles Holz fortgeschafft und verkauft, Isak ging wieder in den Wald und fällte wieder Bäume; er machte seine Straßen und seine Stadt aus Klafterholzstapeln für den nächsten Winter. Er mußte jetzt immer weiter von seinem Haus weggehen, eine große, weite Halde lag da schon zum Bebauen bereit, und er wollte jetzt nicht noch mehr Boden ganz abholzen, sondern von jetzt an nur die ältesten Bäume mit vertrockneten Wipfeln fällen.

Natürlich hatte er auch schon längst verstanden, warum Inger von einem zweiten Bett gesprochen hatte, jetzt durfte er es wohl nicht länger hinausschieben, sondern mußte sich beeilen. Als er an einem dunklen Abend aus dem Walde heimkehrte, da war es geschehen: die Familie hatte sich vermehrt, wieder um einen Jungen. Inger lag zu Bett. Diese Inger! Am Morgen hatte sie ihn ins Dorf hinunterschicken wollen. „Du solltest das Pferd ein wenig bewegen," hatte sie gesagt. „Denn es steht nur in seinem Stand und scharrt." — „Ich habe keine Zeit zu solchem Unsinn," sagte Isak und ging fort. Jetzt merkte er, daß sie ihn nur aus dem Wege hatte haben wollen, aber warum? Es wäre doch vielleicht gut gewesen, wenn sie ihn in der Nähe gehabt hätte. — „Wie kommt es nur, daß du einem nie ein Zeichen geben kannst?" sagte er. — „Nun mußt du dir eine eigene Bettstatt richten und in der Kammer schlafen," sagte sie.

Aber mit der Bettlade war es nicht getan, es gehörten auch Bettstücke hinein. Sie hatten keine zwei Decken und konnten sich auch vor dem nächsten Herbst, wo sie einige Hämmel schlachten würden, keine zweite Felldecke verschaffen; aber selbst von zwei Hämmeln bekam man noch keine Decke. In der nächsten Zeit hatte es Isak nicht gut, er fror jämmerlich bei Nacht. Er versuchte, bei den Kühen zu schlafen, obdachlos war er. Zum Glück war es schon Mai, dann kam der Juni, der Juli . . .

Merkwürdig, wieviel hier in nur drei Jahren zustande gebracht worden war: eine Behausung für Menschen, ein Stall und urbar gemachtes Land. Was baute Isak jetzt? Einen neuen Schuppen, eine Scheune, einen Anbau ans Wohnhaus? Es dröhnte durchs Haus, wenn er die acht Zoll langen Nägel hineinschlug, und Inger kam ab und zu heraus und bat um Gnade für die Kleinen. „Jawohl, die Kleinen! Sprich du mit denen einstweilen! Sing ihnen was vor, gib dem Eleseus den Eimerdeckel, dann kann er damit wettern! Die großen Nägel werden bald hineingeschlagen sein, sie müssen eben gerade hier sitzen, in den Streckbalken, mit denen der Anbau am Haus festgemacht wird. Nachher hab ich nur noch Bretter und zweieinhalb Zoll lange Nägel, das ist das reine Kinderspiel."

Hätte er es vermeiden können, zu hämmern? Jetzt wurden die Heringstonne, das Mehl und andere Eßwaren im Stall aufbewahrt, damit sie nicht unter freiem Himmel stehen mußten; aber der Speck bekam einen Stallgeschmack, eine Vorratskammer war die reinste Notwendigkeit. Die kleinen Jungen mußten sich auch an so ein paar Hammerschläge in der Wand gewöhnen; Eleseus war allerdings etwas zart und schwächlich, aber der andere saugte wie ein Posaunenengel, und wenn er nicht schrie, dann schlief er. Ein prächtiger Junge! Isak wollte sich dem nicht widersetzen, daß er Sivert heißen sollte, es war vielleicht am besten so, obgleich er abermals an den Namen Jakob gedacht hatte. In manchen Fällen hatte Inger recht. Eleseus war nach ihrem Pfarrer getauft, und es war ein vornehmer Name, aber Sivert hieß Ingers Oheim, der Bezirkskassierer, der ein Junggeselle und ein vermöglicher Mann ohne Erben war. Was hätte dem Kinde Besseres widerfahren können, als Sivert zu heißen!

Dann kam wieder die Frühjahrsarbeit, und alles wurde vor Pfingsten in die Erde gelegt. Damals als Inger nur Eleseus ihr eigen nannte, hatte sie nie Zeit gehabt, ihrem Manne zu helfen, so sehr hatte sie der Erstgeborene in Anspruch genommen. Jetzt, wo sie zwei Kinder hatte, jätete sie das Unkraut aus und verrichtete noch vieles andere; sie half viele Stunden lang beim Kartoffellegen, säte auch Karotten und Rüben. Eine solche Frau fand sich nicht so leicht wieder. Und hatte sie nicht auch Tuch auf dem Webstuhl? Jeden Augenblick nützte sie aus, um in die Kammer zu laufen und ein paar Spulen zu weben; es war halbwollenes Tuch zu Wäsche für den Winter. Nachdem das Garn gefärbt war, webte sie blau und roten Kleiderstoff für sich und die Kinder; dann legte sie noch mehr Farben ein und machte Bettbezüge für Isak. Lauter notwendige, nützliche und höchst dauerhafte Sachen.

(Forts. folgt.)

Augenblick gerade ein anderer den Schuh zum Schlagen benutzt haben sollte. Nicht erwiesen ist dagegen, daß der Erbprinz wußte, daß Rougevin Mitglied der französischen Mission sei. Es ist glaubhaft, daß Rougevin durch den Ring der ihn umgebenden Kellner zurückhaunelte, daß Rougevin dabei dem Erbprinzen einen Schlag versetzt hat und daß der Erbprinz hierauf Rougevin packte. Wahrscheinlich hätte der Erbprinz den Schlag sofort erwidert, wenn nicht die Menge beide aus dem Saal gedrängt hätte und er übte Vergeltung, als er sich im Nebensaal befand. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß ein in Deutschland lebender Ausländer nicht höher bestraft werden darf, weil er ein Ausländer ist und sich lästig gemacht hat. Dafür steht der Behörde das Recht der Ausweisung zu. Aber das Gericht lehnt es auch ab, der Entente oder sonst irgendeinem Menschen zuliebe, ganz gleich, was daraus entsteht, gegen sein Gewissen und seine Ueberzeugung zu handeln. Das Gericht hat daher bei allen Angeklagten auf Geldstrafe erkannt. Das Gericht bedauert, daß es auf Grund veralteter Gesetzbestimmungen nicht auf eine Strafe, die dem Vermögen der Angeklagten entspricht, erkennen kann. Gleichwohl ist das Gericht bis an die Höchststrafen gegangen. Platen war nicht in demselben Maße wie Prinz Joachim Albrecht an dem Vorfall beteiligt. Gegen den Erbprinzen Hohenlohe-Langenburg hat das Gericht die höchst zulässige Geldstrafe von 1000 M. festgesetzt.

Es werden verurteilt: 1. Prinz Joachim Albrecht von Preußen wegen versuchter Nötigung zu 500 M. Geldstrafe oder für je 10 M. ein Tag Gefängnis. 2. Rittmeister v. Platen wegen versuchter Nötigung zu 300 M. oder 30 Tage Gefängnis. 3. Der Erbprinz Gottfried v. Hohenlohe-Langenburg wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 1000 M. oder 100 Tage. Die Kosten des Verfahrens werden den Angeklagten auferlegt.

Groß-Berlin

Kanalromantik.

Wie es in den Berliner Kanälen aussieht.

Die Kanalisationsarbeiter Berlins und alle die Leute, die unter dem Asphalt die Verdauung der großen Stadt in Fluß halten, hatten neulich einen vergnügten Tag. Ein sehr phantasievoller Märchenerzähler berichtete in einem Stimmungsbild der „Berliner Morgenpost" allen Ernstes, er sei zwei Stunden in den Kanälen der Kanalisation spazieren gegangen. Er fügte hinzu, man hätte das ebensogut in Lackschuhen tun können, ohne sich auch nur ein Dreckspritzerchen zu holen. Dann spricht er von den „breiten und schönen Treppen", auf denen man in den Pumpstationen in die Kanalisation hinuntersteige und erzählt, daß man 30 bis 50 Meter tief sei und die Elektrische und die Stadtbahn rollen höre. Vor ihm geht ein Arbeiter mit Teerfackel — —

Zu seinen Gunsten soll man annehmen, daß der Phantasievolle diesen sonderbaren Spaziergang geträumt hat, denn er hat mit der Berliner Wirklichkeit auch nicht ein Haar gemein. Hat der Phantasievolle nicht geträumt, dann hat er greulich aufgeschnitten und den weniger unterrichteten Berliner sich in eine Kloakenromantik nach dem Muster alter französischer Romanciers hineinträumen lassen. Die Sache wäre nicht weiter tragisch zu nehmen, wenn nicht einer der schwierigsten und gefährlichsten Berufe, der der Kanalisationsarbeiter, dadurch in den Verdacht käme, ein Herrenleben, etwa im Sonntagsnachmittagsanzug und „Lackstiefeln", in den Tiefen Berlins zu führen.

Die Wirklichkeit, fern von den Ereignissen des erwähnten Sensationsmachers, stellt sich in einem außerordentlich dunklen Lichte dar. Selbstverständlich ist es vollkommen ausgeschlossen, daß jemand auch nur eine Viertelstunde in den Berliner Kanälen spazieren gehen kann, denn in den Kanälen läuft ständig der rasende Strom der Abwässer gemischt mit dem Regenwasser der Straße. Es gibt nebenher keinen Damm, auf dem jemand trockenen Fußes spazieren gehen könnte. Es sieht darin auch nicht aus wie „eine sauber getäfelte Küche", sondern die chemischen Bestandteile der Abwässer haben sich überall an den Seiten und oben zu häßlichen Schmutzwülsten verdichtet. Nur, wenn ein Kanalstück, eine „Haltung" gereinigt wird, unternehmen es die Arbeiter, in den Kanal hineinzusteigen und ihn, oft unter Lebensgefahr, für einige Minuten zu begehen. Dazu bekleiden sie sich mit Lederanzug, Südwester und hohen, die ganzen Beine bedeckenden Lederstiefeln, kurz, sie sind ganz eingehüllt. Außerdem ist die Gefahr erstickender Gase sehr groß.

Von der einen Seite eines Kanalabschnittes wird von einem Brunnenloch der Straße ein Reinigungsapparat, eine Art Schild, der dicht die Kanalwände abschließt, hinabgelassen. Der Apparat läuft auf Rollen und wird von dem Strom in der Flutrichtung den Kanalabschnitt hinab langsam weitergetrieben. Oben halten ihn Männer an einem Strick, durch dessen langsames Nachlassen sie merken, wie weit der Apparat getrieben ist. Jetzt hält er an infolge eines Hindernisses. Nun unternimmt es ein erfahrener Mann, von der entgegengesetzten Seite des Abschnittes durch ein Kanalloch in die Tiefe zu steigen. Das Wasser hat sich hier zum großen Teil verlaufen, da es der Schildapparat zurückhält, aber es steht doch noch viele Zentimeter hoch. Der Mann geht vorsichtig bis zu dem Apparat durch den unsäglichen Schmutz, der sich angehäuft hat, befreit das Hindernis und der Apparat, gedrückt von dem Strom, geht weiter vorwärts. Diese ganze Arbeit ist sehr gefahrvoll, denn es kommt vor, daß der Apparat umstürzt und der Mann von dem hereinbrausenden Strom überflutet wird und ertrinkt. Jede Rettung ist dann ausgeschlossen.

Nur auf diese Weise ist ein Begehen der Berliner Kanäle auf ganz kurze, wenige Minuten währende Strecken möglich. Es ist eine ganz und gar nicht romantische Sache. Die Männer, die in dieser gefährlichen Arbeit stehen, sollten es sich verbitten, daß durch Sensationsfeuilletonismus um jeden Preis ein völlig falsches Bild vom Aufenthalt in den „Gedärmen Berlins" entwickelt wird. Sie sollten den dichterischen Herren zur freundlichen Begleitung ihrer Tätigkeit in den Kanälen mit Lackschuhen und auf zwei Stund Kanalspaziergang auffordern. K.

Der Gesetzentwurf Groß-Berlin. Der 17. (Groß-Berliner) Ausschuß der Landesversammlung trat im Abgeordnetenhause zu seiner letzten Sitzung zusammen. Er nahm den umfangreichen Bericht der Redaktionskommission entgegen und einigte sich über eine Reihe von kleineren Aenderungen. Der Bericht wird mit den Beschlüssen des Ausschusses, über die wir bereits früher berichtet haben, gedruckt und geht in den nächsten Tagen der Landesversammlung zu, die voraussichtlich Ende April in die dritte Lesung des Gesetzentwurfs eintreten wird.

Den Kohlenschiebungen auf einer Kohlenstelle, die eine Frau König als Hilfsbeamtin des Charlottenburger Magistrats betrieb, ist die Kriminalpolizei noch weiter nachgegangen. Der Betrag der verschobenen, der Allgemeinheit entzogenen, dafür aber in den Schleich- und Wucherhandel zur Begünstigung einzelner gebrachten Kohlen war zunächst auf 25 000 Zentner ermittelt worden. Die gemeinsamen Nachforschungen haben jedoch ergeben, daß die Menge noch viel größer ist. Es ist auch gelungen, eine ganze Reihe von Kohlenhändlern zu ermitteln, die ständige Abnehmer für die Schieberkohlen waren. Auch sie werden außer Frau König unter Anklage gestellt werden.

Ueber den Handel mit unzüchtigen Bildern, besonders Postkarten, sind nach den Beobachtungen der Zentralstelle zur Bekämpfung unzüchtiger Bilder und Schriften beim Berliner Polizeipräsidium Unklarheiten entstanden. Es gibt und gab auf diesem Gebiete gewissenlose Händler, die aus dem Schmutz gewerbsmäßig viel Geld zu machen bestrebt sind. Andere Leute, besonders die Inhaber von kleinen Papiergeschäften, führen namentlich Postkarten, die sie nicht für so bedenklich halten. Die früheren Gesetze und Vorschriften bestehen darüber nach wie vor. Die Geschäftsleute und Händler seien also gewarnt. Sie mögen die Schmutzagenten von der Schwelle weisen oder noch besser gleich der Polizei übergeben. — In der Oranienburger Straße hob die Zentralstelle einen Vertrieb aus, der in großem Umfange Scherzartikel anpries, in Wirklichkeit aber den Bestellern grobunzüchtige Bilder und Schriften zusandte. Sein ganzer Vorrat wurde beschlagnahmt und vernichtet.

Sänger herbei! Der auf Veranlassung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes und seines Dirigenten Hermann Scherchen neu gegründete „Gemischte Chor Groß-Berlin" hat seine Uebungsstunde von Steglitzer Straße 8 nach der Aula des grauen Klosters, Klosterstraße 74, verlegt. Jeden Donnerstag, abends von 7½ bis 9½ Uhr. Groß-Berliner Arbeiter (Männer wie Frauen), die über gute Stimme und Gehör verfügen, werden gebeten, sich in den Uebungsstunden zu melden. Notenkenntnisse nicht erforderlich, da Notenkurse eingeführt sind. Evtl. Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden H. Stenzel, Lichtenberg, Wilhelmstr. 32.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (V. a. G., Hamburg.) Filiale Berlin V. Heute 8 Uhr, bei Thiel, Rückerstraße 7: Mitgliederversammlung.

Treptow-Sternwarte. Sonntag 3 Uhr: „Bewohnbarkeit der Welten" (Lichtb.-Vortrag), 5 Uhr: „Das Berner Oberland", 7 Uhr: „Ferientage an der Ostsee, in der Sächs. Schweiz und im Spreewald". Dienstag 7 Uhr: „Sonne und Mond" (Vortrag m. Lichtb. von Dir. Dr. Archenhold.) Mittwoch 7½ Uhr: „Neuere Untersuchungen über die Bildung und Einteilung der Gesteine (Vortrag m. Lichtb. von Prof. Belowsky.) Sonnabend 5 Uhr: „An den Ufern des Rheins".

Neuköllner Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß gestern nach dem Magistratsantrag, die Teuerungszulage der Beamten, Angestellten und Lehrer vom 1. Oktober 1919 ab zu erhöhen von jährlich 2000 M. auf 2400 M. für Verheiratete, von jährlich 1500 M. auf 1600 M. für Ledige und auch den Bureauhilfskräften vom 1. Januar 1920 ab die den Arbeitern gegebene sogenannte Brot- und Kartoffelzulage zu gewähren. — Zugestimmt wurde ferner dem Magistratsantrag, den Arbeitern und Arbeiterinnen vom 1. April 1920 ab neben dem Wochenlohn als Vorschuß auf die zuerwartende Erhöhung ihrer Bezüge zu zahlen für männliche Vollarbeiter 40 M., für weibliche Vollarbeiter 35 M., für Jugendliche 25 M., für nicht Vollbeschäftigte bei 5 Stunden 20 M., bei 3 Stunden 12 M., bei 2 Stunden 8 M. — Ein Magistratsantrag, weiblichen Lehrkräften 90 Proz. der Lehrergehälter zu zahlen und dafür ihre Pflichtstundenzahl auf 90 Proz. festzusetzen, wurde angenommen. — Den erst vor kurzem auf 70 Pf. erhöhten Gaspreis muß der Magistrat wegen der fortdauernden Kohlenpreissteigerungen von der April-Standaufnahme ab weiter auf 1 M. erhöhen. Bei weniger als 865 Kubikmeter Jahresverbrauch sollen 10 Pf. pro Kubikmeter zurückgezahlt werden. Erhöht werden soll auch der Preis des elektrischen Stroms. In der Debatte wurde von allen Fraktionen, mit Ausnahme der rechtsstehenden, der Kohlenwucher gegeißelt. Die Unabhängigen und diesmal auch ihre Gegenfüßler von rechts versagten der Gas- und Stromproisserhöhung ihre Zustimmung. Die Deutschdemokraten beantragten, in einer Resolution gegen die Kohlenpreissteigerungen zu protestieren und die Kohlenpolitik der Regierung zu verurteilen. Wermuth (Soz.) warnte, die Fehler der Wirtschaftspolitik des Reiches die Gemeinden durch Verweigerung der Deckungsmittel entgelten zu lassen und ihnen so die kulturelle Besserstellung der Volksgenossen zu erschweren. Güttler (Soz.) forderte, dem Kohlenwucher privater Bergwerksbesitzer durch Sozialisierung zu begegnen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte eine Resolution, die diese Forderung aufstellt. In der weiteren Debatte wies Pollenske (Soz.) darauf hin, daß die rechtsstehende Fraktion durch Ablehnung der Gas- und Stromproisserhöhung sich für die Wahlen empfehlen will. Roß (Dem.) stellte fest, daß im verschwiegenen Rechnungsausschuß auch ein Vertreter der Unabhängigen sich für die Preiserhöhung ausgesprochen hat. Angenommen wurde die Preiserhöhung mit 34 Stimmen der Sozialdemokraten und Deutschdemokraten gegen 25 der Unabhängigen und der rechtsstehenden Fraktion, angenommen auch die Resolution gegen die Kohlenpreissteigerungen (nur die Herren von rechts stimmten nicht dafür) und die Resolution für die Bergwerkssozialisierung (mit den Stimmen nur der Sozialdemokraten und der Unabhängigen). — Einem von den Deutschdemokraten beantragten Protest gegen die Fernsprechgebührenerhöhung wurde zugestimmt.

Eine Anfrage der Unabhängigen bemängelte die Verzögerung der am 31. März beschlossenen Untersuchung gegen die des Einverständnisses mit dem Kapp-Putsch beschuldigten Beamten usw. Bürgermeister Scholz erklärte sie daraus, daß zunächst die Osterwoche dazwischen kam und dann die unaufschiebbaren Verhandlungen wegen der Gehalts- und Lohnfragen den Personaldezernenten vollständig in Anspruch nahmen. Die Anfrage gab dem Deutschnationalen Dr. Bierbach nochmals Gelegenheit, eine große Rede zur „Verteidigung" der beschuldigten Krankenhausärzte zu schwingen. Stadtrat Lange fällte über sie nach dem Ergebnis der Untersuchung ein vernichtendes Urteil. —

Reinickendorf. Die sozialistischen Parteien des Ortes haben dem Kommunalen Volksbildungsausschuß die Feier des 1. Mai einschließlich der Leitung der gemeinsamen Volksversammlung am Vormittag übertragen. Karten für die Abendveranstaltungen des Ostens im Bürgergarten und Hubertussäle, denen von 4 Uhr ab ein Gartenkonzert in den gleichen Lokalen vorausgeht, sind vom 19. dieses Monats ab bei den Funktionären und in den Verkaufsstellen der Gemeinde zu haben. — Der nationalökonomische Kursus von Otto Jensen fällt aus, bereits gekaufte Karten sind an die Funktionäre zurückzugeben. — Die Zusammenkünfte des Studienzirkels, die den gleichnamigen Kursus im westlichen Ortsteil fortsetzten, finden nicht mehr statt. — Die Deutschkurse werden ab 20. d. M. in beiden Ortsteilen wieder fortgesetzt. Auskünfte gibt der Kommunale Bildungsausschuß.

— **Der Tod** hat unserer Partei wieder einen tatkräftigen, pflichttreuen Mitarbeiter geraubt, den Genossen Carl Schönberg, der nach dreimonatigem Leiden im Alter von erst 41 Jahren verschieden ist. Neben seiner verantwortungsvollen Stellung in der Vorwärts-Buchhandlung hat Schönberg viele Jahre das Amt eines Parteivorsitzenden in Reinickendorf bekleidet und war lange Zeit hindurch Gemeindevertreter und Gemeindeschöffe; die Zeit nach der Revolution sah ihn im Auftrage unserer Partei auch noch im engeren Vorstand des Kreises Niederbarnim. In allen diesen Stellen hat er mit Sachkenntnis und nie ruhender Arbeitsfreude seine Pflicht erfüllt, so daß die Schwere des jetzigen Verlustes sich vielerorts bemerkbar machen wird. Ein dauerndes Gedenken ist dem Genossen Schönberg bei allen sicher, die mit ihm zusammen tätig sein konnten.

Schmargendorf. Aus der Gemeindevertretersitzung. In der Finanzkommission war eine Vorlage über die Teuerungszulage für Schöffen und Beamte eingebracht worden. Die Teuerungszulage für die Beamten wurde aus sachlichen Gründen zunächst zurückgestellt. Nichtsdestoweniger erschien auf der Tagesordnung der Gemeindevertretersitzung diese Vorlage verquickt mit jener für die Teuerungszulage der Schöffen zusammen. In dieser Vorlage wurden in schärfster Weise Parallelen zwischen den Beamten und den Schöffen gezogen. — Genosse Wasewitz beleuchtete in sachlicher Form, unbekümmert um die Materie selbst, nur die Unterschiede zwischen Beamten und Schöffen. Schöffe Trenge sprach zur Eingabe des Beamtenausschusses und bewies letzterem mangelndes Verständnis für das Wesen der kommunalen Verwaltung. Genosse Lehnerdt bedauert die Entgleisung der Beamten und begründet in feiner präzisen Weise die Notwendigkeit der Erhöhung der Bezüge der Schöffen. Er führte aus, der Berufsbeamte hat Anspruch auf Pension, ist lebenslänglich angestellt und kann nur im Disziplinarwege beseitigt werden. Ganz anders liegt die Sache beim Schöffen. Er ist das verantwortungsvolle Bindeglied zwischen Verwaltung und Gemeinde. Die Notwendigkeit von 7000 M. Teuerungszulage für die Beamten wird rückhaltlos anerkannt, jedoch in der Form, wie es die Beamten durch ihre Eingabe erzwingen wollen, kann man die beiden Punkte nicht verbinden. Die Beamten bekommen ihre Teuerungszulage sowieso, und es ist zunächst der Punkt Teuerungszulage für die Schöffen zu erledigen. Baurat Solbach als Vertreter des Beamtenausschusses erklärte, es war nicht beabsichtigt, die Tätigkeit der Schöffen zu verkleinern, und bittet darum, daß durch diese Sache kein Gegensatz zwischen Schöffen und Beamten verbleibe. Er wünscht Vertagung der gesamten Sache und Zurückverweisung an die Finanzkommission. Der Gemeindevertreter Schüler betonte, die Eingabe sei kein Angriff gegen die Schöffen, sondern nur eine Klarstellung der Sache. Genosse Guter erklärte, wenn der Gemeindevertreter Schüler glaubte nötig zu haben, zur Begründung der Notlage der Beamten eine Broschüre vorzulesen, so sei er im Irrtum. Ueber die Notlage der Beamten sind sich alle klar. Gemeindevertreter Wilhelm widerlegte die Bemerkung des Gemeindevertreters Schüler, daß die Eingabe des Beamtenausschusses erst eingebracht sei, nachdem die Tagesordnung des Gemeindevorstandes bekannt war. Nun setzte Schüler seinem Talent die Krone auf durch die Bemerkung, die Schöffen könnten sich einen Nebenerwerb verschaffen. G.-V. Pöhing stellte einen Antrag auf Erledigung der Schöffensache und Festlegung, daß die Beamtensache bis in vier Wochen erledigt werden muß, event. Vorschüsse zu zahlen sind. Dieser Antrag wird angenommen. Daraufhin wurde die Vorlage der Teuerungszulage für die Schöffen angenommen. Eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Gemeindevertreter auf 800 M. wurde ebenfalls angenommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 17. April:

35. Abt. Die Bezirksführer holen die Flugblätter heute abend von Klimpert, Badstr. 17 ab. Die Verteilung beginnt Sonntag 8 Uhr von den bekannten Bezirkslokalen aus.

Jungsozialistische Vereinigung. Zur Beerdigung des Genossen Arthur Lancas treffen sich die Mitglieder um 3 Uhr an der Garnisonkirche — Hasenheide. (Nicht wie angegeben, um 4 Uhr.)

Neukölln. 2. Abteilung. 7½ Uhr: Abteilungsversammlung bei Schwengel, Elbestr. 8.

Morgen, 18. April:

4. Abt. Flugblattverbreitung vorm. 8½ Uhr vom Lokal von Rickert, Steinmetzstr. 36a aus. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht!

14. Abt. Flugblattverbreitung von den Lokalen Radtke, Neue Jakobstraße 1 und Krüger, Engelufer 13 aus. Zahlreiche Beteiligung erforderlich.

20. Abt. 9 Uhr: Flugblattverbreitung von folgenden Lokalen aus: Bombe, Stralsunderstr. 7; Behrendt, Liebigstr. 25; Rohesdorf, Petersburger Straße 86.

25. Abt. 8 Uhr: Flugblattverbreitung bei Hebler, Georgenkirchstr. 36.

Achtung, Polizeibeamte! 5 Uhr in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35, Saal IV, sehr wichtige Versammlung der Polizeibeamten und des Werbe-Ausschusses.

Charlottenburg. 9½ Uhr in der Aula der Sophie-Charlotten-Schule, Rosinenstr. 12: Funktionärkonferenz. — Vorm. 8 Uhr von den Gruppenlokalen aus Flugblattverbreitung. Beteiligung aller Genossen dringend notwendig.

Friedenau. Früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Treffpunkt: Restaurant Kühn, Hackerstr. 3. — Dienstag 7½ Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Hohenzollern", Handjerystr. 64.

Lichtenberg. 8½ Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Zahlabendslokalen.

Friedrichsfelde. Flugblattverteilung. Zusammenkunft vormittags 8½ Uhr bei Haberland, Wilhelmstr. 38.

Bildungsveranstaltungen.

Bezirksbildungsausschuß. Am Sonntag, den 18. Mts. vormittags 10 Uhr, findet im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof III, eine Konferenz der Bildungsausschüsse statt. Bericht über das verflossene Geschäftsjahr und unsere zukünftigen Aufgaben. Berichterstatter: Albert Horitz. Berichte der Ortsbildungsausschüsse. — **Arbeiter-Sänger-Bund.** Das zweite Kirchenkonzert des Gaus Berlin, das wegen der Unruhen verschoben werden mußte, findet am 19. April, 7 Uhr, in der Alten Garnisonkirche (Neue Friedrichstraße) statt. Werke von Bach, Mozart, Weber, Brahms, Liszt, Reger u. a. Mitwirkende: Prof. Walter Fischer, Tenorist Paul Bauer, Kammermusiker J. Fobt, die A-capella-Vereinigung des Berliner Volks-Chors unter Leitung von Dr. Alfred Guttmann. Eine kleine Anzahl von Karten zu 1 M. ist an der Abendkasse erhältlich.

Aus aller Welt.

Riesiger Getreidebrand.

Letzte Nacht sind die umfangreichen Gebäude der Zollniederlage in Harburg, wo große Vorräte an Futter- und Nahrungsmitteln lagerten, niedergebrannt. Der Schaden beträgt ohne den Gebäudeschaden etwa 25 Millionen Mark. Die Ursache des Feuers konnte bisher nicht festgestellt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

G. L. 18. Ja. — **B. 26.** Nein. — **M. S. 100.** 1. Das richtet sich danach, wo die Ehe geschlossen ist. 2. Ja. 3. Zinsen, die seit länger als 4 Jahre rückständig sind, sind verjährt. — **A. 12. Groß-Tadarz.** 1. und 2. Nur die im Gesetz erwähnten. 3. Sie können Teilzahlungen beantragen. 4. Kommen Sie um Erlaß oder Ermäßigung ein. 5. Krankenschein. — **H. 39.** Warten Sie die Veröffentlichung der prozentualen Zuschläge ab. Evtl. rufen Sie das Mieteinigungsamt an. — **Fiebler. 1200.** — **Havelberg 60.** 1. und 4. nicht ausgeschlossen. 2. Wenden Sie sich ans Versicherungsamt. 3. Unbekannt. — **B. K. 5.** Ja, evtl. im Klagewege. — **F. A. 55.** 31. 12. 19. — **Haselerstr. 13.** 1. Ja. 2. Nein. — **W. Krieger Nr. 62.** 1. Zunächst ist die Bekanntgabe der prozentualen Zuschläge abzuwarten; vorher können Sie nichts machen. 2. Unbekannt. — **W. R. 1.** 1. Ja. 2. Nein. — **Waldenburger.** Ja, aber im Betriebsrat müssen Arbeitermitglieder und Angestelltenmitglieder vorhanden sein, damit der Arbeiterrat und der Angestelltenrat gebildet werden kann. — **G. Th. 5152.** Zunächst die Ausführungsbestimmungen abzuwarten. — **G. G. 42.** Die Verordnung gilt überall da, wo die Demobilmachungsausschüsse von ihr Gebrauch gemacht haben. — **Religion.** 1. An die Schule. 2. Erinnern Sie das Gericht. — **K. M. N.** 1., 2. u. 4. Ja. 3. Ja, soweit der Verkauf nicht den Hypotheken vorbehalten ist. 5. Wenn Sie gegen die strafrechtlichen Bestimmungen verstoßen. — **Frieden 81.** 1. Ja; die Höhe der Steuer wird Ihnen vom Erbschaftssteueramt mitgeteilt. 2. Nein. — **K. M. 1000.** Nein. — **B. G. 37.** Die Höhe der Kosten läßt sich nicht angeben, jedenfalls können Sie mit einer erheblichen Summe rechnen. — **G.** Wenden Sie sich an den Republikanischen Führerbund, Luisenstr. 31b. — **F. B. 44.** Senden Sie uns die Schriftstücke ein. — **W. K. O.** Astigmatismus (abzuleiten von stigma, Punkt) ist in seiner Wortbedeutung nach der Zustand, in welchem Strahlen, die von einem Punkte ausgehen, sich nicht wieder in einem Punkte vereinigen können. Ein gewisser Astigmatismus besteht sogar bei normalem Auge. Die Ursachen können sowohl in der Hornhaut als der Linse, auch in beiden liegen. Näheres hierüber müssen Sie in einem großen Wörterbuch nachlesen.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Mild und zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, im Südosten vereinzelte, im Westen und längs der Küste ziemlich zahlreiche, im allgemeinen geringe Regenfälle.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Mignon. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. Der Marquis v. Keith. Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt

Deutsches Theater. 7½ U.: Dame Kobold. Sonntag 7½: Dame Kobold.

Kammerspiele. 7½ Uhr: Stella. Stg. 7½: Die Büchse der Pandora 7½: Stella.

Gr. Schauspielhaus Karlstraße. 7: Der weiße Heiland (2.A., 3.A.) Sonntag, zum 1. Male, 12 Uhr: Antigone (außer Abonnem.) 7: Der weiße Heiland (3.A., 3.A.)

Theater i. d. Königgrätzer Straße 7.15 Uhr: König Nicolo. Stg.: Schloß Wetterstein Nachm.: Erdgeist (Ida Orloff) Montag: „Sie".

Komödienhaus ½8 Uhr: Der Herr Minister (Max Pallenberg)

Berliner Theater 7 Uhr: Der letzte Walzer. Fritzi Massary, Otto Storm, Hans Wassmann.

Central-Theater 7½ U.: Fräulein Puck.

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: Boccaccio.

Die Tribüne 7¾ Uhr, zum ersten Male: Totentanz.

Eden-Theater. 7½ U.: Die Dollarprinzessin Sonnt. 3 Uhr: „U. A. w. g."

Friedr.-Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: Evchen Humbrecht

Kleines Theater. 7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie.

Kl. Schauspielhaus. 7½ Uhr: „1913".

Komische Oper 7½ Uhr: Wenn Frauen träumen Stg. 3¼: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus Arnold Rieck in 7¾ Uhr Zwangseinquartierung.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Sybill. Sonntagnachm. 3 Uhr: Charleys Tante m. Thielscher

Neues Operettenhaus Mia Werber als Gast in 7½ U.: Die kleine Hoheit. Stg. 3½. Die Dame vom Zirkus

Neues Volkstheater 7½ Uhr: Das Paradies

Schiller-Theat. Charl. 3 Uhr: Der Meineidbauer. 7½ Uhr: Die Rabensteinerin.

Thalia-Theater 7¼ Uhr: Amor auf Reisen

Th. am Nollendorfplatz 3¼ Uhr: Zwei glückl. Tage. 7¼ Uhr: Der Vielgeliebte

Theater des Westens 7¼ U.: Die Frau im Hermelin Stg. 3¼: Die lustige Witwe.

Wallner-Theater 7.15 Uhr: Eine Ballnacht. Stg. 3¼: Geisha m. Mia Werber

Walhalla-Theater. 7½ Uhr: Der Rastelbinder

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße. Täglich ½8 Uhr: Myrrha Sonntag 4 Uhr, kleine Preise: Herrschaftl. Diener ges.

Residenz-Theater. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Untergrundbahn Klosterstr. Täglich ½8 Uhr: Die Raschhoffs von Hermann Sudermann.

◆ Folies Caprice ◆ Eck. Friedrich- u. Linienstraße — Täglich 7½: — Die abgetretene Frau Zwangseinquartierung. Oh dieser Nowack! mit Ferdinand Grünecker in den Hauptrollen.

Casino-Theater Lothringerstr. 37. Tägl. ½8 U.: Der neue Possenschlager: Ein alter Sünder Vorher erstkl. Spezialitäten. Alex Stamer, sächs. Komiker. Sonntag 3½: Onkel Moritz.

Reichshall.-Theater Allab. 7½ u. Sonntags nachm. 3 Uhr: Stettiner Sänger. Nachmittags ermäßigte Preise

Admirals-Palast. Flirt in St. Moritz 7½

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7 U.: Nach Damaskus

Lessing-Theater. 7¼ Uhr: Pygmalion. Sonntag 7¼: Pygmalion. Montag 7 Uhr: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Theater Allabendlich 7½ Uhr: Menagerie (Adalbert, Götz, Haack, Konschewska, Walter, Herrmann.)

Rose-Theater. 3 Uhr: Maria Stuart. 7½ Uhr: Das Lied der Liebe.

APOLLO 7½ Theater 7½ Direkt. James Klein. Das Welt-Rätsel **Afra** Die einz. Gedankenleserin der Welt. Vorsicht bei Gesprächen Telephonfreuden mit Valy Arnheim Marga Lindt 4 Arkonis Sensations-Akrobat. und weitere April-Varieté-Sensation. Sonntag 3½ Uhr 1 Erwachs. 1 Kind frei

Circus Busch Heute sowie tägl. 7½ Uhr: Das neue April-Progr.! und zum Schluß: „Der Wilddieb" in 5 Akt. u. 1 Apotheose. Die Wunderfontäne und ihre Geheimnisse. Stg. 3½ ein eig. Kind frei. Ebenf.: Der Wilddieb

Schall u. Rauch im Großen Schauspielhaus, Karlstr. - Schiffbauerdamm Telephon: Norden 8643. Wiederauftreten Paul Graetz Oscar Sabo Anita Berber H. v. Wolzogen Kurt Wolowski u. a. Musik.Leit.: Friedr. Holländer. Beginn 8½, Konzertbeg. 7½ U.

Winter-Garten Täglich 7.30 Uhr: Varieté-Spielplan Rauchen gestattet!

Theater am Kottbuser Tor Tel.: Moritzplatz 14814. Jeden Abend 7½ Uhr: Silte-Sänger. Horst, Ruselli, R. Schrader, Seidel, Schubert, Riess, Rathke, B. Walden, Eugen Becker a. Gast Sonnt. nchm. 3 U. ermäßigte Preise. :: Blüthgen-Konzert :: Beginn 7.10 Uhr. Vorverk. 11—1½ u. 4—6 Uhr.

Metropol Kabarett Behrenst. 53-54. Allabendlich 7 Uhr: 3 Schwestern Lück Lieselotte Tom Jersey Trude u. Ilse Annie Wilkens Schulhoff Walter Steiner „Der zerbrochene Spiegel" (Gebr. Schwarz) Paul Steinitz Kapelle Mundi Neumann. Am Flügel: E. Hentschel.

Adi-Haus Taubenstr. 34 — Ztr. 1052 Käte Blank Eugen Mack Cilli Pronto Heinz Hertwig Pip u. Edita Henry Wolff Liesel Eve Paul Rückmann Kätchen Esten 2 Pohleys Adi Liebans Meisterquartett Adolf Lieban ff. Weine, ff. Küche Mocca, Tee, Schokolade Anfang 7 Uhr

UFA Lichtspiele Tauentzien-Palast Des grossen Erfolges wegen die 3te Woche! **Die Tänzerin Barberina** nach dem gleichnamigen Roman von **Adolf Paul** Für den Film in 7 Abteilungen vom Verfasser bearbeitet Titelrolle: **Lyda Salmonowa** Wochentags: 7 und 9¼ Uhr / Sonntags: 4 Uhr / Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

Varieté-Café Moritzplatz Oranienstr. 53—55 Dir. R. Korant Künstl. Leit. Hellmuth Berndsen. Orchest. Georg Wöhlert **Das große Weltstadtprogramm** Elly Griffon / 2 Friemels / Else u. Max Arbra Hartley, Unikum / Amados / Max Zerner 4 Padlowskys / Jeden 1. u. 16. Programmwechsel. 4½—7: Tanz-Vorführungen 8 Neuhusen-Billards Likörstube

Residenz-Kasino Blumenstraße 10 Sonnabend, den 17. April 1920: **Großes Baby-Strand-Fest:** Anfang 7 Uhr. Jeden Sonntag: GROSSER BALL. Anfang 5 Uhr.

Reederei Kahnt & Hertzer Fernspr.: Königst. 2062 Morgen und folgende Sonntage: Zur Baumblüte nach Werder Abfahrt 9 Uhr: Reichstagsufer am Bahnhof Friedrichstraße Waisenbrücke Außerdem Abfahrt 8½ und 2 Uhr Krampenburg

Große, sehenswerte Möbel-Ausstellung Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer Wohnzimmer, Wohnsalons, Dielen, Küchen usw. usw. Besichtigung lohnend u. erwünscht

Verkauf zu sehr soliden Preisen. Echte Perser und deutsche Teppiche, Echte Kristalle, Porzellane, Kronen, Klubsessel u. Sofas in Leder und Gobelin. :: Kunstmöbel aller Art. ::

M. Schlewinsky & Co. Berlin C, Dircksenstraße 31 am Bahnhof Alexanderplatz, Ecke Königsgraben.

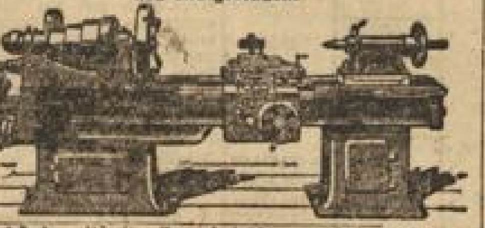
Verlangen Sie **„Vioparfa" Zahn-pasta** Parfüme sowie erstklassige kosmetische Präparate **Viola Parfümerie-Fabrikation,** Berlin SO. 16, Cöpenicker Straße 112. Moritzpl. 11981

Fest gebündeltes Zeitungspapier über höchsten Tagespreis kauft Hauptgeschäft: Berlin SO 33, Cuvrystraße 38 Tel.: Moritzplatz 782 und Neukölln 0405 Zweigstellen: Pücklerstraße 33, Wrangelstraße 72. Post- und Bahnsendungen werden der Reihenfolge nach prompt erledigt. Willy Seydlitz.

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft. Preuß, Brunnenstr. 78.

Elektromotore Gleichstrom :: Drehstrom kauft Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel. Lützow 3705 und 6518.

Werkzeugmaschinen neu und gebraucht



Drehbänke mit Leit- u. Zugspindel in verschiedenen Größen, **Bohrmaschinen** für Kraft- und Fußbetrieb, **Fräsmaschinen,** horizontal, vertikal und universal, **Revolverbänke** in verschiedenen Größen, **Exzenter-** und Friktionsspindel-Pressen, **Schraubenautomaten, Rundschleifmaschinen,** universal, **Mechanikerbänke** und so weiter verkauft preiswert ab Lager **Felix Kohls, Berlin S 14,** Alte Jakobstr. 66. Tel.: Amt Moritzplatz 12072, 12073.

Ankauf von Juwelen Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonierstr. 9

MÖBEL Herren-, Speise-, Schlafzimmer, bunte Küchen, einzelne Möbel Teilzhlg. gestattet. Liefere auch auswärts Gekaufte Möbel können kostenlos lagern **Möbel-Gross** Große Frankfurter Str. 141 5 Min. v. Schles. Bahnh. Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstraße 5 Min. v. Stettiner Bahnh. Kriegsanl. nehme mit 85 %, in Zahlung

Kupfer — Messing Quecksilber-Blei-Zink zum höchsten Tagespreis **Schulzendorfer Str. 2**

Sind Lungenleiden heilbar? Alle, die an Lungen- und Kehlkopftuberkulose, Asthma, Schwindsucht, Lungenspitzenkatarrh, Nachtschweiß, Stiche im Rücken, Brustschmerzen, Appetitlosigkeit, Verschleimung, veraltetem Husten, lange anhaltender Heiserkeit leiden, lassen sich meine ausführliche belehrende Broschüre kostenlos portofrei senden. 54/16* Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin W 202, Am Karlsbad 33b. Sprechzeit 9—11, 2—4, Sonntags 10—11.

Offene Füße auch veraltete schmerzhafte Wunden, Entzündung mit unerträglichem Jucken heilt ohne Nachteil laut vielen Erfolgsberichten die milde u. wohltuende „Orlinda-Salbe". 8,50 M. Zur gleichzeitigen innerlichen Kur Reichels Salterin-Blutreinigungspulver, Schacht. 3,00 Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Messing, Kupfer, Zinn, Zink, Blei, sow. sämtl. Alt- und Edelmetalle kauft höchstzahlend Metall-Einkaufszentrale, Kottbuser Damm 66. Mpl. 13580.

Seidenstoffe Crepe Georgette viele Modefarben, 100 cm breit Meter 42.50 Bengaline für Kleider in reicher Farbenwahl, 100 cm breit Meter 59.50 Foulards in neuen Mustern, für Sommerkleider Schantung-Seide 100 cm breit, in modernen Farben, für elegante Sommerkleider **Seiser** Leipziger Strasse 64 / Tauentzienstrasse 20

Möbel gegen bar oder Teilzahlung Der Jetztzeit entsprechend sehr preiswert Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer farbige Küchen, einzelne Möbel Liefere frei Haus. Liefere auch auswärts. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. **Möbel-Cohn** Große Frankfurter Straße 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz) Filiale: Badstraße 47-48 (5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen)

Möbel liefert zu mäßigen Preisen Bürgerliche Wohnungseinrichtungen Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer in großer Auswahl Einzelne Möbel Farbige Küchen Teilzahlung gestattet! **Beiser** Lothringer Str. 67. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern. Besuch lohnend.

I. Etage I. Etage **Kaufe Platin** heute 100 M. p. Gramm und **Juwelen** zu höchsten Tagespreisen Friedrichstr. 168 nur I. Etage I. Etage I. Etage

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Alte Weinstuben J. F. Rauch Friedrichstr. 11, Brunnenstr. 17. neb. Goldgesch. Busse - Große Frankfurter St. 112 neb. Jandorf Invalidenstr. 164, Hauptkontor N 4, Bergstr. 34, am Stett. Bhnh. Edler deutsch. Weinbrand **Derby-Cognac** Maitrank Zuckergesüßter **Sekt**

Stoffe zur Damen- und Herrenbekleidung Futterstoffe / Knöpfe **Konfektion** für Damen u. Mädch. Maßanfertigung. **C. Pelz** 5 Kottbuser Str. 5

Schnellaufbohrer Schmirgelleinen, Naturstahl, Fräser, Reibahlen, Gewindebohrer, neue, kauft zu allerhöchsten Tagespreisen. Händler Extrapreise. ● Henschel, ● Moabit, Rostocker Str. 22

200 Mark Tagesverdienst kann jeder (auch Frauen) ohne Vorbildung leicht (auch als Nebenbeschäftigung) verdienen. Näheres durch Franke, Wilhelmstr. 125 (Laden). 87

Trauringe Dukatengold 900 gest., 14 kar. Gold 585 gest., 8 kar. Gold 333 gest. von 60 M. per Stück stets vorrätig am Lager. Ankauf altes Gold, Silber, Platin und Brillanten. **Minoga,** Berlin O 17, Grüner Weg 69. Telephon: Alexander 24 30.

Unserem wackeren Genossen
Hermann Lesser u. Frau
zum Silber-Ehejubiläum herzlichste Glückwünsche.
Genossen aus Abt. 1.

Statt Karten.

Am Mittwoch, 14. April, 4½ Uhr, entschlief sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Papa, Sohn, Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Onkel, der Buchhalter

Karl Schönberg

im 41. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Rosa Schönberg geb. Vierow nebst Kindern.

Lieber Papa, schlaf in guter Ruh,
Unsre Liebe deckt Dich zu!

Die Einäscherung findet am Dienstag, 20. April, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.

Nachruf.

Nach langer, geduldeich ertragener Krankheit verschied am Mittwoch, 14. April, abends 9½ Uhr, unser treuer, langjähriger Mitarbeiter und lieber Kollege, der Buchhalter

Karl Schönberg

im 41. Lebensjahre.

Seine unerschöpfliche Arbeitskraft, seine Pflichttreue und seine Hingabe für das Wohl aller sichern ihm von uns ein immerwährendes Gedenken.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter der Buchhandlung Vorwärts.

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Nachruf!

Am Montag, dem 12. April, verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege

Artur Laucas

in dem jugendlichen Alter von 18 Jahren.

Als Mitbegründer und Vorstandsmitglied unseres Vereins hatte unser Kollege Laucas sich mit Hingabe und Eifer in den Dienst unserer Sache gestellt; seine Tätigkeit wird das beste Denkmal bei uns allen hinterlassen.

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags ½4 Uhr, von der Leichenhalle des Garnisonfriedhofes, Hasenheide, aus statt. 233/17

Rege Beteiligung erwartet
Der Bezirksvorstand.

Hermann Mathias

geb. 20. 12. 1876 zu Carwe, Kreis Neu-Ruppin, wird von seiner Schwester in Amerika gesucht. 50 M. der die genaue Adresse angibt. Frau Grün, Stettin, Dünthersstraße 2. *

Möbel

Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
in jeder gewünschten Holz- und Stilart.
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
in großer Auswahl in bester Ausführung zu soliden Preisen.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Stolzmann
100

Gallenstein

Nierenstein-, Grieß- und Leberleidende verwenden mit bestem Erfolg ohne Operation u. ohne Gift

„ANTIGALLIN“

In allen Apotheken zu haben. Wo nicht, erfolgt Zusendung durch die Anker-Apotheke, Berlin-Friedrichshagen. Preis pro Flasche 12,50 Mark. Aufklärende Broschüre über die Einwirkung des Antigallin gratis durch: ANTIGALLIN-WERK G. m. b. H. Berlin-Friedrichshagen.

Hochgradig
pockennarbige Personen
wollen sich zwecks wissenschaftlicher photographischer Aufnahme schriftlich melden unter R. 51 an die Hauptexped. des Vorwärts.

Messing

Kupfer, Aluminium, Blei und anderes **Altmetall, Eisen** kauft zu den höchst. Tagespreisen
Schlosserei Niemann,
Stallschreiberstr. 55, nur Hof im Keller. Kein Laden. *

Kaliwerke Aschersleben.

Nachstehend veröffentlichen wir die auf den 31. Dezember 1919 abgeschlossene, von der Generalversammlung genehmigte Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung.

Für das Jahr 1919 gelangt eine **Dividende** von **10%** und eine **Sonderausschüttung** von **200 M.** für jede Aktie zur Ausschüttung.

Diese Beträge können gegen Einlieferung des Dividendenscheines Nr. 31 **vom 16. d. M. ab** mit **300 M.** bei folgenden Zahlstellen erhoben werden:

in **Aschersleben** bei der **Kasse der Gesellschaft,**
in **Aschersleben**
in **Berlin**
in **Bielefeld**
in **Braunschweig**
in **Bremen**
in **Coblenz**
in **Danzig**
in **Dessau**
in **Essen**
in **Frankfurt a. M.**
in **Hannover**
in **Hildesheim**
in **Königsberg i. Pr.**
in **Lübeck**
in **Magdeburg**
in **Mainz**
in **Mülheim/Ruhr**
in **Münster**
in **Posen**
in **Saarbrücken**
in **Stettin**

bei der
Direction der Disconto-Gesellschaft

Bilanz am 31. Dezember 1919.

Aktiva.	M.	M.
Bergwerks-Konto		
Berechtsame, 5 Schachtanlagen mit Tagesbauten	5 914 093,60	
Abschreibungen	867 553,60	5 046 540,—
Bergwerksmaschinen-Konto	1 407 576,15	
Abschreibungen	321 446,15	1 086 130,—
Grundstücks-Konto	686 516,91	
Abschreibungen	10 566,91	675 950,—
Kainitmühlen-Anlage-Konto	191 838,9	
Abschreibungen	19 238,90	172 600,—
Fabrikanlagen-Konto	2 378 858,20	
Abschreibungen	1 457 755,20	921 103,—
Hilfsanlagen-Konto		
Eisenbahn, Wege, Wasserwerk, Ableitungskanäle, elektrische Zentrale und Hauptwerkstatt	3 232 882,45	
Abschreibungen	710 590,45	2 522 292,—
Gebäude-Konto	836 303,43	
Abschreibungen	62 253,43	774 050,—
Inventar und Reserveteile	73 889,66	
Abschreibungen	7 388,66	66 501,—
Pferde- und Wagen-Konto	19 671,70	
Abschreibungen	19 669,70	2,—
Versuche, Patente und Lizenzen	4 116,34	
Abschreibungen	4 115,34	1,—
Beteiligung an anderen Unternehmungen		6 682 441,09
Wertpapier-Konto		154 576,50
Konto hinterlegter Wertpapiere		161 194,17
Hypotheken-Konto		47 000,—
Im voraus bezahlte Versicherungsprämien		51 541,37
Warenvorräte		1 146 706,04
Materialienvorräte		1 210 469,11
Bankguthaben		2 866 402,58
Forderungen		
Forderungen aus Warenlieferungen	1 415 898,—	
Vorauszahlungen auf Anlagen	1 219 198,67	
Sonstige Forderungen	25 835 936,81	
Darlehn an Konzernwerke	5 664 765,23	34 155 798,71
Kassabestand		118 139,57
Sicherstellung für Wohlfahrtsfonds in mündelsicheren Wertpapieren und Darlehn*)		2 813 705,—
Konto „Neue Rechnung“		651 839,25
Bürgschafts-Konto	5 311 180,—	
		61 124 982,39

*) Ueber diese Werte kann nur in Gemeinschaft mit der „Revision“ Treuhand A.-G. verfügt werden.

Passiva.	M.	M.
Aktienkapital-Konto		22 500 000,—
Gesetzliche Rücklage		2 537 855,07
Sonder-Rücklage		1 200 000,—
Anleihe-Konto		10 927 695,—
Anleihe-Einlösungs-Konto		
Ausgelöste, noch nicht eingelöste 4% Obligationen der Kaliwerke Aschersleben		3 440,—
Anleihezinsen-Einlösungs-Konto		
Fällige, noch nicht eingelöste Zinsscheine von Aschersleben	225 170,—	
von Hattdorf	18 368,75	243 468,75
Dividenden-Konto		
Rückständige Dividende aus 1915	1 250,—	
„ „ „ 1916	1 200,—	
„ „ „ 1917	3 360,—	
„ „ „ 1918	28 980,—	34 790,—
Schulden		5 116 552,48
Hypotheken		0 965,81
Hermann Schmidtmann-Fonds	524 948,56	
Zugang für Zinsen	21 000,—	
	545 948,56	
Abgang für Unterstützungen	5 746,10	540 202,46
Hermann Schmidtmann-Witwen und Waisen-Fonds	58 674,40	
Zugang für Zinsen	2 796,—	
	61 470,40	
Abgang für Unterstützungen	335,—	61 135,40
Beamten-Pensions-Kasse		200 000,—
Konto „Neue Rechnung“		91 366,15
Bürgschafts-Gegenkonto	5 311 180,—	
Reingewinn		17 661 511,27
		61 124 982,39

Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1919.

Soll.	M.
Generalunkosten einschl. Vergütungen an Vorstand und Beamte	865 511,48
Kriegsfolgen-Konto (Unterstützungen)	357 493,06
Steuern und Abgaben	261 733,18
Anleihe-Zinsen	225 000,—
Kursverlust auf Wertpapiere	732 048,95
Abschreibungen	3 480 578,37
Reingewinn	17 661 511,27
	23 804 876,26

Haben.	M.
Vortrag aus 1918	267 667,39
Gewinn auf Rohsalze und Fabrikate	22 892 172,16
Gewinn an Zinsen	602 077,28
Gewinn aus Lizenzen	40 600,43
Verfallene Dividendenscheine aus 1912/14	2 360,—
Verfallene Zinsscheine aus 1914 und 1915	40,—
	23 804 876,26

Aschersleben, 18. April 1920.

Kaliwerke Aschersleben.
Zirkler, Riegel.

Männer, schützt Euch vor Krankheiten
durch das älteste und billigste Prophylaktikum
VIRO
wissenschaftlich geprüft und amtlich empfohlen.
in allen einschlägigen Geschäften zu haben.
Hygiena, Frankfurt a. M., Ludwigstr.

Der Herr im Frühling

Covercoat-Paletots kurze, schicke Sportform, Seidenfutter								1000.- M.
Sommer-Paletots marengo, neueste Formen				475.-	650.-	750.-		M.
Gummi-Mäntel gute Qualitäten				390.-	590.-	690.-		M.
Jackett-Anzüge moderne Formen			450.-	480.-	525.-	700.-		M.
Blaue Cheviot-Jackett-Anzüge Ia Qualität, Ersatz für Maß						1400.-	1500.-	M.
Touristen-Anzüge Joppe und Breeches, braun Ia Manchester							850.-	M.
Cutaways und Westen marengo				625.-	650.-	725.-		M.
Hosen vornehme Streifenmuster	42.-	70.-	125.-	165.-	190.-	225.-	265.-	300.-	400.- M.

Keine Filialen mehr

BaerSohn

Nur Chaussee-Straße 29-30

Bekanntmachung.

Auf Grund der Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt betr. Einführung einer Höchstgrenze für Mieto insteigerungen vom 9. Dezember 1919 (Preußische Gesetzsammlung 1919, S. 187 ff.) und des Beschlusses des Verbandsausschusses des Wohnungsverbandes Groß-Berlin vom 10. Februar 1920, sowie des Beschlusses des vom Bezirksausschuß Potsdam gewählten Sachverständigenausschusses vom 7. April 1920 wird für den Bezirk des Wohnungsverbandes Groß-Berlin folgendes für die Zeit bis zum 30. September 1920 angeordnet:

§ 1.

Als Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen im Sinne des § 2 der Anordnung vom 9. Dezember 1919 wird ein Zuschlag von 20 Proz. jedoch für Fabrikräume in Wohngebäuden ein solcher von 30 Proz., für Geschäfts- und Industriehäuser ein solcher von 40 Proz. und für Läden mit über 2400 M. Mietwert ein solcher von 30 Proz. festgesetzt.

§ 2.

Inwieweit die letzten Preisvereinbarungen über Mieträume mit Sammelheizung oder Warmwasserversorgung nach dem 25. Juni 1919 getroffen sind, hat eine Trennung der reinen Grundmiete von den Kosten für Heizung und Warmwasserversorgung vom 1. Januar 1920 ab zu erfolgen. Zur Ermittlung der reinen Grundmiete des Jahres 1914 sind von dem am 1. Juli 1914 für die betr. Mieträume vereinbart oder für solche Räume ortsüblich gewesenen Mietzins für Heizung 7½ Proz. und für Warmwasserversorgung 2½ Proz. in Abzug zu bringen, und ist sodann zu dem Restbetrage der Zuschlag gemäß § 1 dieser Anordnung hinzuzurechnen.

In Ausnahmefällen kann die Schiedsstelle für Läden, Fabrikräume und dgl. für die Dauer Abweichungen von den vorstehenden Prozentsätzen zulassen.

§ 3.

Die Kosten für Heizung und Warmwasserversorgung sind zu ⁹/₁₀ auf die einzelnen Wohnungen oder sonstigen Mieträume nach der Zahl der Quadratmeter der beheizten (mit Heizkörpern versehenen) Räume umzulegen; ¹/₁₀ der Kosten trägt der Vermieter. Unter Kosten für Heizung sind nur die Kosten für die Heizstoffe verstanden.

Der Vermieter ist berechtigt, für den Einkauf der Heizstoffe vierteljährlich im voraus Vorschüsse auf die Kosten für Heizung und Warmwasserversorgung zu erheben. Die Höhe des vierteljährlichen Vorschusses berechnet sich der Formel $\frac{9 \times b \times K \times H}{40}$,

worin K den mittleren Preis für ein Zentner Gas- und Schmelzkoks zu Vierteljahresbeginn und H die Quadratmeterzahl der Wohnung angibt, während die von der Kohlenbelieferung abhängige Zahl b vom Wohnungsverband Groß-Berlin bekanntgegeben wird.

Bis auf weiteres wird b wie folgt festgesetzt:
für Sammelheizung und Warmwasserversorgung b=0,6
für Sammelheizung allein . . . . . b=0,53
für Warmwasserversorgung allein . . . . . b=0,07

Die Vorschüsse sind am 1. April auf die tatsächlichen Kosten zu verrechnen; bei früherem Wechsel der Wohnung werden die Kosten, über das ganze Jahr gleichmäßig verteilt, in mutmaßlicher Höhe in Ansatz gebracht. Vermieter und Mieter können vereinbaren, daß sie auf Verrechnung der Vorschüsse verzichten.

§ 4.

Die Mieter von Mieträumen mit Sammelheizung oder Warmwasserversorgung eines Hauses sind zur Wahl eines Mieterausschusses von 1—3 Personen berechtigt. Von der vorzunehmenden Wahl sind sämtliche Mieter in Kenntnis zu setzen. Die Wahl erfolgt formlos. Wahlberechtigt sind sämtliche Mieter. Das Wahlergebnis ist dem Vermieter mitzuteilen.

Der Einkauf, die Lagerung und die Verwendung der Heizstoffe hat im Einvernehmen mit dem Mieterausschuß und unter dessen Kontrolle durch den Vermieter zu erfolgen. Im Streitfalle entscheidet das Mieteinigungsamt.

Der Vermieter ist verpflichtet, über den Einkauf und die erhaltenen Vorschüsse und ihre Verrechnung Buch zu führen und die Rechnungsbelege geordnet aufzubewahren und dem Mieterausschuß jederzeit Einsicht zu gewähren.

§ 5.

Diese Anordnung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 14. April 1920.

Wohnungsverband Groß-Berlin.
I. V.: gez. Dr. Reicke, Beuster.

Erlösung durch die Frau!

Artbiebe, kosm. Novellen, v. E. Wennig M. 4,—
Am Lebensquell, ein Handbuch zur geschlechtlichen Erziehung „ 8,40
Elternpflicht, Erziehung und Jugend zur Sittenreinheit, v. P. Herber u. E. Pecker „ 4,—
Die Frau im neuen Deutschland, von Elisabeth Altmann-Gottheiner „ 7,—
Was ich vom englischen Leben sah, von Tekla Lehnert „ 6,50
Frau Pauline Beates Lebensbild einer deutschen Frau, von Agnes Sapper „ 6,50
Lebenserinnerungen ein. Siebzigerin, von R. Braun-Akaria „ 6,50
Menschen in der Sonne, v. Heilkraft d. Luft u. Sonnenbaden, von Emil Peters „ 4,50
Jugend, Liebe und Leben, körperl., geist. u. sittl. Forderung d. Gegenwart, von Emil Peters „ 3,50
Liebe und Ehe, von Emil Peters „ 5,50
Die Diktatur der Liebe, von Th. Fell, geb. „ 20,—
Was muß der Mann vor der Ehe von der Ehe wissen? „ 2,90
Was müssen junge Mädchen vor der Ehe wissen? „ 3,85
Unter vier Augen, von Kehren „ 12,—
Schaffende Menschen, von Emil Peters „ 7,70
Arbeit, Kraft u. Erfolg, v. Emil Peters „ 6,—
Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte, v. Korbanze v. Franken „ 6,10
Der gute Ton, von E. Kellermann „ 4,80
Die Gabe d. gewandten Unterhaltung, von Erwin Wulff „ 3,—
Das beste Kräuterbuch, Unsere Heilpflanzen, v. Rich. Schimpke. 2 Bände „ 16,—

Zuzügl. 20% amtl. Teuerungszuschl. Preise freibleibend. Versand geg. Nachnahme od. Voreinsend. des Betrages. Alle hier nicht verzeichneten Bücher werden schnellstens geliefert.

„Versandhaus das gute Buch“ Gera-Reuß Abt. 25.

Metalleinkaufsstelle
Stallschreiberstr. 50/51 zahlt stets höchste Tagespreise für sämtliche
Altmetalle, Quecksilber, Roßhaare usw.

Magenleiden

Ein bewährtes Mittel bei Magenschmerzen, Magenkrampf, Seitenstechen, Sodbrennen, Stuhlverstopfung ist Weiters **Mixtur - Magnesia - Magenpulver.** Tausende Dankschreib. Preis M. 3,50 exkl. Porto. Brosch. geg. Rückporto. Fabrik **Weiter, Niederbreisig a. Rh.** Abt. 240.

Zinn bis 40,— p. Kilo, Lötzinn bis 20,— p. Kilo
kauft
Zinnschmelze Cassirer
Schulzendorfer Str. 13.
Tel.: Norden 8634, Stpl. 1102.
Ankauf nur vorm. 8½—2.

Schreibmaschinen
mit Sichtschrift, sehr preiswert, **verkauft**
Herbert Gehrke,
Berlin-Schöneberg, Kolonnenstr. 26.

Frauen
zum Heftaustragen für Mittwoch und Donnerstag nachmittags für Norden, Osten u. Moabit sucht **Expedition Lindenstraße 26.** 518D

---

500 amerikanische
Fahrraddecken und Schläuche,
hervorragende Qualität, Fabrikat American Continental, insgesamt oder auch einzeln abzugeben
Ludwig Wermann,
Berlin, Charlottenstr. 79.

Dynamodrähte
aller Dimensionen kaufen
Grüttner & Lütgert,
Friedenau,
Schmargendorfer Str. 32.
Platzburg 2413. 515D

Schlafzimmer
prima weißlackiert, dreiteiliger Schrank mit Spiegel, feinste Ausführung, Stoffauflagen rc., nur 4900 M. **Charlottenburg,** Wilmersdorfer Str. 37, Tischlerei, kein Laden. 516D*

Kupfer,
Messing, Rotguß, Nickel, Blei, Zink, Zinn, Aluminium, Quecksilber.
Zahle die höchsten Tages-Preise.
Oderberger Str. 1.
Teleph.: Norden 297, 365

Bettnässen.
Befreiung sofort.
Alter u. Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Aeltest, u. bestbewährte ges. gesch. Methode.
Institut Englbrecht
München B 387, Kapuzinerst. 9.

Spezialarzt
Dr. med. Haschè [*
Friedrichstr. 90, direkt am Stadtbahnh.
Spr. 10—1, 5—8. Sonnt. 11—1.
Harn- u. Blutuntersuchung

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienburger Tor
Spr. 11—1, 5—7, Sonnt. 11—1
Harn- u. Blutuntersuchung

Friedensstoff
für einen Anzug, privat, 600.—, verkauft **Kowarzik,** Schlesische Straße 25, vorn IV. 521D

Pferdedünger
liefern sofort waggonweise **Bernard & Co.,** Berlin N 4, Chausseestr. 100. 517D

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Franz Mehring:
Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters
Ein Leitfaden für Lehrende u. Lernende
Preis geb. Mk. 6,—

Pianos
erstklassige neue und gebrauchte. **Flügel und Harmoniums.**
en gros — Export.
MAX BECKER
Pianohaus Osten, Andreasstr. 47

Stellengesuche

Junger Redakteur
an Provinzparteiblatt, guter Stilist, flotter Stenograph, wünscht sich baldmöglichst zu verändern. Angebote unter **A. 52** an die Hauptexpedition des „Vorwärts“. *

Stellenangebote

Wir suchen zu sofortigem Antritt einen politischen
Redakteur (S. P. D.)
Offerten mit Gehaltsansprüchen sind bis zum **15. d. Mts.** zu senden an den Vorsitzenden unserer Pressekommission **Wilhelm Castrup, Bielefeld,** Arndtstr. 8. 228/15*

Zeugnisse wollen die Herren Bewerber nur in Abschrift einsenden, da Bescheid über die Besetzung des Postens nur an dieser Stelle erteilt wird.

Ortsbeamter
für die Ortsgruppe Waldenburg i. Schles.,
deren Bereich sich über das niederschlesische Industriegebiet erstreckt, zum **sofortigen** Antritt gesucht. Bedingung: Rednerische und organisatorische Befähigung. Gute Kenntnis der Angestelltenbewegung unbedingt erforderlich. Bewerbungsschreiben mit Angabe der Dauer der Verbandszugehörigkeit an den Ortsgruppenleiter Kollegen 6/4*
Karl Rychlicki, Waldenburg-Altwasser (i. Schles.)
Charlottenbrunner Straße 16.

Stellmacher, Tischler und Wagenlackierer
werden zum sofortigen Eintritt gesucht.
Meldungen im Einstellungsbureau:
Nationale Automobil-Gesellschaft A.-G.,
Berlin-Oberschöneweide,
767 Ostendstr. 1/5. 496D*

Tüchtige
Metallschleifer und Bronzenfen
verlangt
R. Frister, Aktien-Ges.
Berlin-Oberschöneweide.

Schleifer u. Schwabbler
tritt sofort ein **Auerlicht, Ges. m. b. H., Kom.-Ges. Abtg. Eues, Neanderstr. 4**

Metall-Schleifer
verlangt **Baer & Stein A.-G.,** Alexandrinenstr. 24. 61/18

Zum sofortigen Eintritt gesucht 515D
ein erfahrener Einrichter für Stanzerei und Zieherei,
ein erfahrener Einrichter für Index-, Wuttig- u. Pittlerschraubenautomaten.
Vorstellung erbeten im Betriebsbureau von 9—5 Uhr.
Dr. Georg Seibt, Fabrik elektrischer Apparate.
Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 9.

Für den Bau eines 235 Meter langen **Untergrundbahntunnels** im Stollenbetrieb werden zum **sofortigen** Antritt 519D*
ein Schachtmeister und 15 Spezialstollenarbeiter
(Betongarbeiter)
gesucht. Meldungen mit Lohnansprüchen an das **Verkehrsbauamt Neukölln.**

Tüchtige selbständige Bohrwerksdreher
für große Kompressoren-Zylinder-Arbeiten stellt sofort ein 131/11
Lokomotiv-Fabrik Schwartzkopff
Werk Wildau, Kreis Teltow.

Aufwärterinnen 125/19*
gutempfohlene, für Privat und Bureau,
tüchtige Wasch- und Reinemachefrauen.
Arbeitsnachweis d. Stadt Berlin, Abt. f. Hausangestellte Belle-Alliance-Pl. 5, Mpl. 1509. Vermittlg kostenl. Geöffn. 8-7.

Der Wahlaufruf der Demokraten.

„Tiefgreifende Unterschiede."

Der Wahlaufruf der Deutschen Demokratischen Partei ist gestern erschienen. Nach Ausführungen über die Notwendigkeit der bisherigen Koalitionspolitik geht er dazu über, die „tiefgreifenden Unterschiede" festzustellen, die die bürgerliche Demokratie von der Sozialdemokratie (und vom Zentrum) trennen. Diese tiefgreifenden Unterschiede sind tatsächlich vorhanden, sie sind nur nicht dort, wo sie der Aufruf sucht. Es heißt in ihm:

Der Sozialdemokratie gegenüber verstehen wir die Republik nicht als Hoffnung auf die Vorherrschaft einer Klasse, sondern als grundsätzlich und für immer klassenfreie Vertretung des ganzen Volkes unter gleicher Teilnahme aller Berufe, nicht als parteipolitische Durchdringung der ganzen Staatsverwaltung, sondern als Festlegung der politischen Grundrichtung der Regierung und im übrigen als Auslese der fähigsten Fachleute. Die Arbeitnehmer müssen ihr volles soziales, politisches und wirtschaftliches Recht erhalten, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wir wollen und dulden keine kapitalistische Ausbeutung, aber wir wollen auch keine Diktatur oder Nebenregierung einer Berufsschicht, sei sie noch so bedeutend. Unsere Partei steht und fällt mit dem reinen demokratischen Gedanken.

Die bürgerliche Demokratie nimmt sehr mit Unrecht von der Sozialdemokratie den Vorrang einer „rein" demokratischen Partei in Anspruch. Man muß nur daran erinnern, welche Rolle der Vorfahr der Demokratie, die Fortschrittliche Volkspartei, und welche Rolle die Sozialdemokratie in den Kämpfen um eine republikanisch-demokratische Staatsverfassung gespielt hat, um diesen Anspruch zurückzuweisen.

Die Sozialdemokratie will keine Klassenherrschaft, sondern sie will, daß das ganze arbeitende Volk, Hand- und Kopfarbeiter, innerhalb der Demokratie seine Interessen einheitlich wahrnimmt, um auf diese Weise eine klassenlose Gesellschaft herzustellen. Wenn der demokratische Aufruf dem „schöpferischen Unternehmungsgeist" ein Loblied singt und jede Wirtschaftsform ablehnt, „die diese wesentlichen Kräfte des Aufstiegs bureaukratisch einengt", so sind das doch nur bekannte Redensarten, um durch die Blume verstehen zu geben, daß man den Sozialismus verneint und den Kapitalismus bejaht.

Damit ist die Wegscheide aufgerichtet, und die Wähler müssen wissen, welchen Weg sie zu gehen haben!

Richter und Kgl. Hoheit.

Zum Adlon-Prinzen-Prozeß.

Im sechzehnten Monat der Deutschen Republik redet Herr Landgerichtsrat Baumbach einen Angeklagten mit „Eure königliche Hoheit!" an, weil dieser Angeklagte zufällig mit jener Familie verwandt ist, der das deutsche Volk sein Unglück verdankt. Dieses Verhalten des durch seine eigentümliche Führung des Helfferich-Prozesses bereits bekannten Landgerichtsrats ist nur geeignet, das ohnedies schwer erschütterte Vertrauen der breitesten Volksmassen in den deutschen Richterstand weiter zu untergraben und obendrein dem Deutschen Reiche in den Augen des modern denkenden Auslandes schwer zu schaden.

Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß die Richter nach den bestehenden Gesetzen nicht zu fassen sind und erst mit dem 65. Lebensjahr pensioniert werden können. Wenn es also dem noch ziemlich jungen Herrn Baumbach beliebt, so wird er im Jahre 1940 noch immer sich in amtlicher Eigenschaft demonstrativ reaktionär-monarchistisch betätigen können.

Wir stehen hier vor einer offenbaren Lücke in der Gesetzgebung. Es muß endlich die Möglichkeit geschaffen werden, solchen Beamten, die den Empfindungen der Mehrheit des Volkes grundsätzlich ins Gesicht schlagen, zu entfernen. Die Republik nötigt niemandem Gewissenszwang auf, sie braucht sich aber auch nicht alles gefallen zu lassen. Es wird in Deutschland, zumal in dieser bewegten Zeit voll politischen Prozessen, niemals Gerechtigkeit herrschen können, wenn der wilhelminische Richterstand sich unfähig zeigt, unter republikanischem Regime seinen Geist den modernen Anschauungen anzupassen.

Der Fall Baumbach zeigt übrigens, daß er gar nicht daran denkt. Unter diesen Umständen müssen wir, die wir Gerechtigkeit verlangen und in dieser allein das Bestehen der Republik gewährleistet sehen, verlangen, daß die gesetzlichen Mittel geschaffen werden, um den Richterstand dort zu erneuern und zu säubern, wo es nötig ist.

Die Verleumdungszentrale.

Der Fall Davidsohn-Baumeister.

Der Rhodinprozeß vom letzten Donnerstag hat einen faulen Fleck in der Partei enthüllt, er ist allerdings ganz wo anders, als wo man ihn mit sehr viel Eifer, aber ohne Erfolg gesucht hatte. Die Scheidemannhetze hat sich als eine konterrevolutionäre Machenschaft entpuppt, hinter der der Oberleutnant v. Kessel mit den Fonds der berüchtigten Abteilung Ia stand, aus denen auch die Flucht Marlohs seinerzeit finanziert wurde. Die Intrige hat mit den dümmsten, aber auch infamsten Mitteln gearbeitet, um den Genossen Scheidemann, der nach seiner eidlichen Aussage nie ein Geschäft gemacht und nie an einem Geschäft Geld verdient hat, als einen korrupten Gesellen hinzustellen. Das verächtliche Instrument dieser Campagne, der Angeklagte Rhodin, hat gestanden, daß er sich alles aus den Fingern gesogen hat, und hat um Gnade gefleht.

Für die Partei wäre von der ganzen Sache nichts übrig geblieben als eine starke moralische Genugtuung, wenn nicht zwei ihrer Mitglieder, Davidsohn und Baumeister, in der übelsten Weise in sie verwickelt wären. Daß sich diese Parteimitglieder durch ihre Leichtgläubigkeit, ihre Wichtigtuerei und ihren persönlichen Haß zur gewissenlosesten Schädigung der Parteiinteressen und der Parteilehre verleiten ließen, steht nach dem Ergebnis der Verhandlung fest. Zu untersuchen wird noch sein, ob ihnen bekannt war, ob die von Herrn v. Kessel zur Verfügung gestellten 20 000 M. aus einem Spitzelfonds stammten und dazu bestimmt waren, führende Sozialdemokraten zu „erledigen".

Das Gericht hat beschlossen, Davidsohn und Baumeister und ihren Genossen im Unglück, Herrn Sochaczewski, nicht zu vereidigen. Es ist damit angedeutet, daß diese Parteimitglieder verdächtig sind, sich an der wissentlichen Verleumdung eines Parteigenossen mitschuldig gemacht zu haben. Die beiden Leute sind damit ganz unmögliche Erscheinungen in der Partei geworden.

Krise im Beamtenbund.

Ein außerordentlicher Bundestag.

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes beschäftigte sich am 13. April mit der Stellung des Bundes gegenüber den Gewerkschaften und den politischen Parteien, wie sie in verschiedenen Kundgebungen der letzten Zeit zum Ausdruck gebracht war. Nach eingehender Aussprache wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Deutsche Beamtenbund hält es für notwendig, in allgemeinen Arbeitnehmerfragen — unter Ausschluß parteipolitischer Fragen — mit sämtlichen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zusammen zu arbeiten.

2. Eine Beteiligung des Beamtenbundes an gewerkschaftlichen Aktionen darf nur erfolgen, wenn politische Parteien dabei nicht mitwirken.

3. Unterzeichnung von Aufrufen, Erklärungen usw. darf nur nach Zustimmung des Vorstandes erfolgen.

4. Ein außerordentlicher Bundestag wird innerhalb kürzester Frist, spätestens im Monat Mai einberufen.

5. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes stellen dem außerordentlichen Bundestag insgesamt ihre Aemter zur Verfügung.

Beförderter Hochverräter.

Man schreibt uns: Am 15. März d. Js., während der Herrschaft der Kapp und Lüttwitz, fand im Eisenbahn-Zentralamt eine Versammlung der dort beschäftigten Beamten statt, in der die Verhängung und Durchführung des Generalstreiks zur Debatte stand.

Wie nicht anders zu erwarten war, sprach sich der allergrößte Teil der oberen und der mittleren Beamten „1. Klasse" gegen den Generalstreik und das Vorgehen des Gewerkschaftsbundes Deutscher Eisenbahnbeamten aus. Der Vorstand des Rechnungsbureaus, Herr Rechnungsrat Schlette, verlangte sogar sofortige Absetzung des gesamten Vorstandes. Den Vogel schoß allerdings nicht er, sondern ein oberer Beamter, der Herr Regierungs- und Baurat Bode ab, der da in voller Oeffentlichkeit nichts mehr und nichts weniger verlangte, daß diejenigen Beamten, die es sich einfallen lassen sollten, zu streiken, sofort an die Wand gestellt werden müßten!!

Man wird jetzt sagen, da wird der Eisenbahnminister oder die Regierung aber doch schnell reinen Tisch gemacht haben. Weit gefehlt! Nein, man hat den Herrn Regierungs- und Baurat Bode „umgehend" zum Oberbaurat „befördert", weil Geheimrat nur ein Titel, Oberbaurat aber eine mit Gehaltserhöhung verbundene Etatsstelle ist.

Wir fragen den Minister der öffentlichen Arbeiten, Herrn Oeser, wie lange das noch so fortgehen soll?

Ein famoser „Untersuchungsausschuß".

Uns wird geschrieben:

Für den Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung ist zur Untersuchung über die Vorgänge beim Märzputsch ein Untersuchungsausschuß gebildet worden, dem neben Vertretern der Postbehörde auch Vertreter der Organisationen der Beamtenschaft angehören. U. a. gehören hierzu Ober-Postinspektor Dr. Tapfer, der im Beamtenbund für seine Person und auch für den Verein der höheren Post- und Telegraphenbeamten gegen den Generalstreik sprach und stimmte und schließlich auch mit Kapp verhandelt hat, und Ober-Postsekretär Domscheit, der als Vorsitzender des Verbandes der mittleren Post- und Telegraphenbeamten sich am kritischen Sonntag sehr lebhaft für Verhandlungen mit Kapp einsetzte. Bei dieser Zusammensetzung wird man sich nicht wundern, zu erfahren, wie der Ausschuß „arbeitet". Er steht nämlich auf dem Standpunkt, daß ihm die ganze Sache eigentlich gar nichts angehe, sondern daß die Untersuchung Sache der — Behörde sei. So hat er das ihm übersandte, für viele Beamte höchst belastende Material den Einsendern mit der Bemerkung zurückgesandt, daß der — behördliche Instanzenweg eingehalten werden muß.

Kommentar überflüssig!

Ostpreußens Abstimmung!

Listeneintragung nicht vergessen!

In Artikel 13 des Abstimmungsreglements für den Regierungsbezirk Allenstein und den Kreis Oletzko vom 14. April 1920 steht, daß die Stimmzettel bei der Abstimmung entweder den Vermerk Ostpreußen (Prusy Wschodnie) oder Polen (Polska) tragen müssen. Hiernach sollen die Deutschgesinnten des Bezirks nicht einen Stimmzettel mit dem Vermerk „Deutschland" abgeben. Die Kommission hat diesem Wunsch deshalb nicht Rechnung getragen, weil im Friedensvertrag Artikel 94 und 95 nur von „Ostpreußen" und nicht von Deutschland die Rede ist.

Die Personen, die im Abstimmungsgebiet geboren sind, aber darin keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, werden nur auf Antrag, alle anderen Stimmberechtigten von Amts wegen in die Listen aufgenommen. Der Antrag ist bis zum 22. Mai schriftlich bei dem zuständigen Abstimmungsausschuß der Geburtsgemeinde zu stellen.

Stimmberechtigt sind ohne Unterschied des Geschlechts alle, die am 10. Januar 1920 das 20. Lebensjahr vollendet haben und im Abstimmungsgebiet geboren sind, oder mindestens seit 1. Januar 1905 dort ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Keine Verstärkungen nach dem Ruhrgebiet.

Berlin, 16. April. Die von der französischen Presse verbreitete Nachricht, daß 8000 Mann neuer Reichswehrtruppen in die neutrale Zone des Ruhrgebietes eingerückt seien, ist falsch. Es ist im Gegenteil Tatsache, daß die Truppenzahl in der neutralen Zone andauernd herabgemindert wird. Mehrere Batterien sind bereits zurückgezogen worden und weitere Truppen sind zum Abtransport bereitgestellt.

K. A. P. D. sprengt K. P. D.!

Tumultszenen in einer Versammlung.

Gestern abend wurde eine von der K. P. D. nach der Unionbrauerei, Hasenheide, einberufene öffentliche Versammlung, in der Dr. Paul Levi sprach, von Anhängern der neugegründeten K. A. P. D. gesprengt. Anlaß dazu gab die scharfe Stellungnahme des Redners gegen den vogtländischen Räuberhauptmann Hölz.

Rechts- und Linksbolschewisten.

Arm in Arm!

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Viele Leute werden höchst erstaunt sein, wenn sie hören, daß zwischen monarchistischen Offizieren und zwischen einzelnen Gruppen der Kommunisten und noch weiter linksstehenden Leuten Verbindungen bestehen. Solche Verbindungen bestehen nicht erst seit gestern und vorgestern oder seit dem Zusammenbruch des Kappschen Unternehmens, sondern sie sind aufgedeckt schon seit dem Frühjahr 1919. Im August 1919 hat zum Beispiel unser Nürnberger Parteiorgan bereits einmal nachgewiesen, daß Mitglieder der Ortsgruppe Nürnberg des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes sich bemüht haben, die Nürnberger Kommunisten für ihre dunklen Zwecke zu gewinnen. Die Kommunisten ließen sich damals von deutschvölkischen Kreisen Geld zur Gründung einer Zeitung geben, die von dem inzwischen wegen Teilnahme an einem Putsch zu Festung verurteilten Kommunisten Kleinlein in kommunistisch-antisemitischem Sinne geleitet werden sollte. Das traute Zusammenarbeiten in Zusammenkünften und Versammlungen, in denen Redner aus beiden Lagern sprachen, wurde allerdings jäh zerstört durch das Eingreifen des wachsamen, zu jener Zeit noch wirklich zuverlässigen Generalkommandos. Die Veröffentlichungen der „Fränkischen Tagespost" waren den Herrschaften damals sehr unangenehm — sie bombardierten die Redaktion mit wütenden „Berichtigungen", die allerdings niemals aufgenommen wurden, um die Herren zur gerichtlichen Klage zu zwingen. Die Klage steht aber trotz aller Mahnungen bis heute noch aus, aber eine Anzahl ehemaliger kommunistischer Führer haben das Hakenkreuz auf sich genommen, sind inzwischen ganz zu den Deutschvölkischen übergegangen und helfen nun die Gegenrevolution vorbereiten. Verrat soll man ihnen nicht vorwerfen, denn im Grunde haben die Kommunisten nie etwas anderes durch ihre Taktik erzielt, als ein Erstarken der Gegenrevolution.

Die Grundschule.

In der Nationalversammlung teilte am Freitag Präsident Fehrenbach mit, daß der Oberreichsanwalt telegraphisch die Genehmigung zur Einleitung eines Verfahrens wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse gegen den Abg. Braß (U. Soz.) beantragt. Der Antrag wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Auf

Kleine Anfragen

erwidert die Regierung dem Abg. von Gräfe (Dnatl.), daß eine Fahrpreisermäßigung für Studenten unmöglich ist, dem Abg. Böhme (Dem.), daß vorläufig nur ein Entwurf zur Sozialisierung des Viehhandels vorliegt, gegen welche er Bedenken erhoben hatte. Dem Abg. Jungnickel (Soz.), der um Wäsche, Schuhe und Bekleidungsstücke für die minderbemittelte Bevölkerung im sächsischen Erzgebirge bittet, wird eine besondere Hilfsaktion zugesagt, dem Abg. Deglerk (Dnatl.) erklärt die Regierung, daß die pensionierten Reichsbeamten nicht schlechter gestellt werden sollen als die Landesbeamten. Der Abg. Mumm (Dnatl.) fordert Einschreiten gegen einen Stellenvermittler, der für Bad Ems 6 schöne, französischsprechende Servierfräulein zur Bedienung der feinen französischen Offiziere verlangt. Die Regierung antwortet, daß sie keine Handhabe zum Einschreiten habe.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über ein Enteignungsrecht der Gemeinden bei Aufhebung oder Ermäßigung der Rayonbeschränkungen.

Abg. **Sollmann** (Soz.) berichtet über die Ausschußverhandlungen: Die Vorlage will die Spekulation mit dem freiwerdenden Rayongelände verhindern. Zu diesem Zweck sollen die Gemeinden das Gelände gegen Entschädigung enteignen können. Der Ausschuß wünscht, daß auch dem Reiche gehörige Gebäude diesem Enteignungsrecht unterliegen sollen, wogegen sich die Regierung allerdings wehrt.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Reichsbesitz soll der Enteignung nicht unterliegen.

Es folgt die zweite Lesung eines Gesetzes über

die Grundschulen

und die Aufhebung der Vorschulen. Danach ist die Volksschule in den vier untersten Jahrgängen als die für alle gemeinsame Grundschule, auf der sich auch das mittlere und höhere Schulwesen aufbaut, einzurichten. Durch die Landeszentralbehörden kann zugelassen werden, daß noch weitere Jahrgänge einer Volksschule als Grundschulklassen eingerichtet werden. Die bestehenden öffentlichen Vorschulen und Vorschulklassen sind alsbald aufzuheben. Der gesamte Abbau muß bis zum Beginn des Schuljahres 1924/25 abgeschlossen sein.

Ein vom Abg. **Mumm** (Dnatl.) begründeter Antrag, nicht in die Beratung des Gesetzes einzutreten, um nicht der Reichsschulkonferenz vorzugreifen, wird abgelehnt.

Abg. **Hellmann** (Soz.): Das vorliegende Gesetz erfüllt nicht alle unsere Forderungen. Wir hoffen, daß bald die sechsstufige Grundschule zur Wirklichkeit werden möchte. Die Forderung auf völlige Abstreifung der Konfessionalität halten wir im gegenwärtigen Augenblick für eine leere Demonstration und verzichten deshalb bei der jetzigen politischen Konstellation darauf.

Abg. **Rheinländer** (Zentr.): Die Erziehung zur inneren Erneuerung ist die Voraussetzung für den Wiederaufbau des deutschen Volkes; möge die Vorlage dazu beitragen.

Abg. **Külz** (Dem.) spricht sich für die vierklassige Grundschule statt der sechsklassigen aus.

Abg. **Kunert** (U. Soz.) wünscht den Privatunterricht nur im Falle großer körperlicher Gebrechlichkeit zuzulassen.

Das Gesetz wird nach weiterer Debatte angenommen.

Der Gesetzentwurf über Aufhebung der Gebührenfreiheit im Post- und Telegraphenverkehr wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Sonnabend, 1 Uhr: Kleinere Vorlagen; Interpellation über die belgischen Gewaltmaßnahmen in Eupen und Malmedy und über die Abschnürung Ostpreußens. — Schluß 8 Uhr.

Der Oberpräsident in Hannover, von Richter, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Die preußische Staatsregierung hatte dem Oberpräsidenten amtlich mitgeteilt, sie habe beschlossen, daß Oberpräsidium anderweitig zu besetzen.

Für deutsche Wehrmänner aus der Schweiz, d. h. Reichsdeutsche, die vor dem Kriege in der Schweiz ansässig gewesen sind, im Kriege ihrer Wehrpflicht genügt haben und an der Rückkehr in die Schweiz durch deren Behörden verhindert werden, ist zur Entgegennahme und Vorprüfung von Anträgen auf Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen eine Interessenvertretung mit dem Sitz in Singen (Baden) gebildet worden. Anträge sind zu richten an den Beirat der Reichsfürsorgestelle für deutsche Wehrmänner aus der Schweiz in Singen. Gleichzeitig ist eine Spruchkommission Singen errichtet, welche über die von der genannten Interessenvertretung vorgeprüften Anträge zu entscheiden hat.

Irland. Truppen nahmen in etwa 16 Straßen von Dublin Durchsuchungen vor und verhafteten über 150 Personen. Bei einer Kundgebung anläßlich der Freilassung der gefangenen Sinnfeiner wurde in Miltown-Malbay angeblich aus der Menge auf das Militär geschossen. Die Truppen erwiderten das Feuer: Drei Tote und einige verwundet.

Zu unserem Gedächtnisartikel für Genossen Neuring erhalten wir eine Zuschrift von Hermann Fleißner aus Dresden, in der er bestreitet, den Ausspruch getan zu haben, daß es ohne Heer nicht gehe. Wir bringen dies zur Kenntnis.

Gewerkschaftsbewegung

Die zentralen Verhandlungen im Holzgewerbe gescheitert.

Am 15. und 16. April fanden zentrale Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband über die von diesem gestellten Forderungen auf Bewilligung einer Teuerungszulage statt.

In einer kürzlich vom Deutschen Holzarbeiter-Verband abgehaltenen Gauvorsteher-Konferenz war auf Grund der den einzelnen Städten gestellten Wünsche beschlossen worden, vom 6. April ab eine Zulage in Höhe von 50 Prozent der vertraglichen Durchschnittslöhne für alle Arbeiter und Arbeiterinnen zu fordern. Mit dieser Forderung hat sich inzwischen eine Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes beschäftigt und anscheinend wurde dort beschlossen, den Forderungen der Arbeiter schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

In den angeführten Verhandlungen konnten die Unternehmer zwar die in den letzten Monaten eingetretene ungeheure Steigerung für alle Lebensbedürfnisse nicht bestreiten, aber sie erklärten auf Grund ihres Mandats nicht mehr bewilligen zu können, als eine Zulage, die vom 16. April für Facharbeiter 15 Proz., für Hilfsarbeiter, Facharbeiterinnen und Hilfsarbeiterinnen 10 Proz. und vom 15. Mai ab weitere 10 Proz. der vertraglichen Durchschnittslöhne betragen sollte. Diese Zulage sollte bis 1. Juli gelten. Das würde also bedeuten, daß der Arbeiterschaft des Holzgewerbes für die vom 12. Januar bis 1. Juli eingetretene und noch zu erwartende Teuerung ein Ausgleich gewährt wird, der pro Stunde 25 Pf. bis im höchsten Falle 1,05 beträgt.

Dieses Angebot war für die Arbeitervertreter selbstverständlich unannehmbar. Da auch nach längeren Verhandlungen in einem eingesetzten Untersuchungsausschuß nennenswerte Zusagen nicht zu erzielen waren, sind demnach die zentralen Verhandlungen gescheitert. Das bedeutet, daß nunmehr die Holzarbeiter genötigt sind, in den einzelnen Städten für die Durchführung ihrer Forderungen einzutreten. Die Aussichten dafür sind nicht ungünstig, sind doch bereits an verschiedenen Orten von den Unternehmern Abschlagszahlungen auf die zentralen Verhandlungen in erheblichem Maße zugestanden worden. Mit der Organisation der sächsischen Arbeitgeber des Holzgewerbes, in deren Betrieben rund 45 000 Arbeiter beschäftigt sind, ist schon am 9. April ein Abkommen getroffen worden, durch welches die Forderungen der Arbeiter im wesentlichen bewilligt sind. Dank der Kurzsichtigkeit des Arbeitgeber-Schutzverbandes steht nun für die nächste Zeit eine ernste Beunruhigung des Holzgewerbes bevor. Daß es ausgeschlossen war, daß die Arbeiter mit dem lächerlichen Zugeständnis des Arbeitgeber-Schutzverbandes zufrieden sein sollten, war vorauszusehen.

Noch keine Einigung im Baugewerbe.

Die zentralen Verhandlungen im Baugewerbe wurden am 15. und 16. April fortgesetzt. Nachdem der Deutsche Tiefbauarbeitgeberverband ausgeschieden war, trat man in die Beratung der Abänderungsanträge ein, die von den Arbeiter- und Arbeitgeberverbänden zu dem alten Reichstarifvertrag gestellt worden sind. Es handelt sich nur um Anträge zum Manteltarif und zu dem örtlichen Tarifmuster, nicht um die Vereinbarung neuer Löhne. Ueber die Löhne soll örtlich verhandelt werden. Die Verhandlungen über die gestellten Anträge führten zu keinem Ergebnis. Die Arbeitgeber erklärten sich zwar in der allgemeinen Aussprache zu einem weitgehenden Entgegenkommen bereit, aber bei der Einzelberatung der gestellten Anträge machten sie so gut wie gar keine Zugeständnisse. Erst am Schluß des zweiten Verhandlungstages stellten sie einzelne Zugeständnisse bei der zweiten Lesung in Aussicht. Die zweite Lesung soll am 29. April beginnen. Inzwischen soll örtlich oder bezirklich verhandelt werden. Jedoch soll bei den örtlichen Verhandlungen über die strittig gebliebenen Punkte (Betriebsräte und -obmänner, Lehrlingsfrage und Ferien) nicht verhandelt werden. Dagegen sollen die Bezirksleiter der Arbeiter- und Arbeitgeberverbände versuchen, die Lohnunterschiede in den einzelnen Bezirken zu verringern und auf eine Vereinheitlichung der Löhne hinzuwirken.

(In unserem Bericht über das Ausscheiden des Tiefbauarbeitgeberverbandes („Vorwärts vom 15. April, Morgenausgabe, hat der Druckfehlerteufel die Vertreter der Arbeitgeberverbände feststellen lassen, daß der Tiefbauarbeitgeberverband die Vereinbarung von Hannover abgelehnt habe. Es muß heißen: die Vertreter der Arbeiterverbände.)

Neue Vereinbarungen im Kaffeehausgewerbe.

Zwischen dem Verein der Kaffeehausbesitzer Groß-Berlin und Provinz Brandenburg und dem Verband der Gastwirtsgehilfen, Verwaltungsstelle Groß-Berlin, ist gestern eine Vereinbarung zustande gekommen, nach der auf die bestehenden Mindestlöhne nachfolgende Teuerungszuschläge ab 18. April 1920 gewährt werden: Geschäftsführer und Placeure pro Monat 200 M. Für die Angestellten ohne Kost und ohne Wohnung pro Woche 45 M., mit Kost aber ohne Wohnung pro Woche 35 M., mit Kost und mit Wohnung pro Woche 25 M. Für das Hilfspersonal, welches noch nicht 1 Jahr im Betriebe tätig ist, ermäßigt sich die Teuerungszulage um 5 M. pro Woche. Garderobenfrauen, Zigarren- und Kuchenverkäufer, Zeitungsordner, Zeitungsverkäufer und Wirtschafterinnen pro Woche 30 M.

Die Kaffeehausbesitzer beweisen hierdurch, daß sie mehr Verständnis für die notwendigen Bedürfnisse ihrer Angestellten besitzen, als ihre Kollegen im Gastwirtsgewerbe.

Die Lohnbewegung der Frankfurter Metallarbeiter.

Wie uns aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, wurde der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der eine Teuerungszulage vorsieht, von den Obmännern der Frankfurter Metallarbeiter abgelehnt. Die Generalversammlung hat diesen ablehnenden Beschluß Donnerstag einstimmig angenommen. Um der gesamten Mitgliedschaft jedoch Gelegenheit zur Entscheidung zu geben, findet eine Urabstimmung in den Betrieben statt.

Gewerkschaftsmitglieder!

Karten zu stark ermäßigten Preisen können für die Vorstellung „Unterwegs", Komödie von Thaddeus Rittmer, am Sonntag, den 18. April, nachmittags 3 Uhr, im Deutschen Theater in der Schumannstraße, in unserem Bureau, Engelufer 15, 1 Treppe, Zimmer 15, heute abend von 5 bis 6½ Uhr, entgegengenommen werden.

Der Verband der Schiffszimmerer ersucht alle im Boot- und Schiffbau tätigen Kollegen, sich mit den Kollegen der Schiffszimmerer solidarisch zu erklären. Die Streikleitung.

Von der Hauptstelle der Technischen Nothilfe wird uns unter Bezugnahme auf unsere Erwiderung in Nr. 190 des „Vorwärts" auch die Abschrift eines Schreibens der Gasbetriebsgesellschaft in Schöneberg und Mariendorf übersandt, in welchem nachteiliges über die Tätigkeit der Nothelfer während der Putschwoche nicht gesagt wird.

Osramwerke. Sonnabend, den 17. April 1920, nachmittags 1½ Uhr, Prachtsäle d. Ostens, Frankfurter Allee: Versammlung aller Kollegen und Kolleginnen, welche aussetzen müssen.

Parteinachrichten.

Eine Kreiskonferenz für Anhalt I fand am Sonntag statt. In einer Entschließung wurde eine prinzipielle und grundsatzfeste Politik verlangt, die scharf gegen die Politik der antirepublikanischen und arbeiterfeindlichen Bourgeoisie gerichtet sein soll. Weiterhin wurde zum Ausdruck gebracht, daß die kommenden Wahlkämpfe innerhalb der noch gespaltenen Arbeiterschaft im Geiste der Brüderlichkeit und ohne persönliche Gehässigkeiten geführt werden mögen. In Ansehung der auf der Konferenz zum Ausdruck gebrachten politischen Willensmeinung wurde von der Wiederaufstellung des Genossen Heine-Berlin Abstand genommen und an dessen Stelle der Redakteur Gen. Erich Kuttner-Berlin zum Reichstagskandidaten für Anhalt I aufgestellt.

Soziales.

Das Militärversorgungsgesetz.

Noch ehe der Reichsrat darüber zur Beratung kam, ist dem Ausschuß für soziale Angelegenheiten in der Nationalversammlung ein Gesetzentwurf über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung zur Stellungnahme zugegangen. Der Ausschuß soll sich darüber schlüssig werden, ob das umfangreiche Gesetz in der kurzen Tagungszeit noch erledigt werden kann oder nicht. Zur Aufklärung über den Stand und Umfang der Kriegsopfer gab Ministerialdirektor Dr. Schweyzer vom Reichsarbeitsministerium einen instruktiven Ueberblick. Die Zahl der Kriegsbeschädigten beläuft sich auf annähernd 1½ Millionen, der Zugang der Rentenempfänger beträgt monatlich zirka 50 000. Kriegshinterbliebene, Witwen, Waisen und sonstige Unterstützungsberechtigte gibt es nahezu 3 Millionen. Zur Erledigung der Versorgungsansprüche werden 25 Hauptversorgungsämter und 108 Versorgungsämter mit rund 50 000 Beamten nötig sein. Die Versorgungssumme wird auf 4 bis 4½ Milliarden Mark im Jahr geschätzt. Zum Schluß bat der Ministerialdirektor um bestimmte Erledigung der Vorlage noch bevor die Nationalversammlung auseinandergeht. Die Beschädigten erwarten dies bestimmt. Danach gab Geheimrat Kerschensteiner eine eingehende Erläuterung der Gesetzesbestimmungen.

Alle Parteivertreter hielten die alsbaldige Erledigung des Gesetzes für dringend notwendig ohne Rücksicht darauf, ob die Nationalversammlung eine kürzere oder längere Tagungsdauer haben werde. Ein Zentrumsabgeordneter schlug die Bildung eines Unterausschusses vor, der die Vorlage vorberaten und so die Erledigung derselben beschleunigen soll. Die Beratungen sollen morgen beginnen.

Zum Schluß wurde das Wöchnerinnenfürsorgegesetz für das Plenum fertiggestellt.

Wirtschaft

Nochmals: Landwirtschaftliche Verwahrlosung.

Zu unserer Notiz „Landwirtschaftliche Verwahrlosung" in Nr. 183 vom 14. April d. J. erhalten wir eine eigenartige Berichtigung. Wir hatten, wie erinnerlich, mitgeteilt, daß im Kreise Cammin in Pommern sich ein Gut von 460 Morgen befindet, das völlig verwahrlost ist, und hatten an die Behörden die Frage gerichtet, wie ein so großes Gut ohne Einschreiten der zuständigen Stellen auf diesen Tiefstand sinken konnte. Wir hatten darauf hingewiesen, daß das Gut hätte in Zwangsverwaltung genommen werden müssen.

Daran hat das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Erhebung angestellt, deren Ergebnis uns zugeleitet wurde. Der Landrat des Kreises Cammin bestätigt, daß die Wirtschaftsführung auf dem fraglichen Gute „in letzter Zeit viel zu wünschen übrig ließ", erklärt aber, daß von einer Zwangsverwaltung mit Rücksicht auf die äußerst geringe Rentabilität des Gutes Abstand genommen wurde. Das Landwirtschaftsministerium bemerkt dazu, daß die Kommunalverbände mit Rücksicht auf das finanzielle Risiko es häufig ablehnen, die Zwangsverwaltung zu verfügen. Die Regierung aber könne die Kommunalverbände nicht dazu zwingen, solange sie nicht die nötigen Mittel habe, die zur Ausübung der Zwangsbewirtschaftung auf heruntergewirtschafteten Gütern gewährt werden müßten.

Damit glaubt man uns belehrt zu haben, daß die Zwangsbewirtschaftung auch nicht das Allheilmittel für den Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung ist — was wir allerdings nicht behauptet haben.

Dagegen ist zu betonen, daß die landwirtschaftliche Produktion bei der gegenwärtigen Lebensmittelnot unter allen Umständen gefördert werden muß. Der Mittel dazu gibt es genug, wenn man sie nur anwendet. Reichsverfassung und Reichssiedlungsverordnung geben das Recht, vernachlässigte Güter zu enteignen und für Kleinsiedlungen bereitzustellen. Warum werden diese Gesetze im vorliegenden Falle nicht angewendet?

Der Zwangsapparat hätte aber gar nicht in Bewegung gesetzt zu werden brauchen! Das beweist ein Umstand, von dem uns der Bericht des Landrats Kenntnis gibt. Kürzlich hat ein Gutsverwalter das heruntergewirtschaftete Gut, das im Jahre 1918 von der Besitzerin um 300 000 M. gekauft worden ist, um 490 000 M. erwerben wollen. Er hat also in Erwartung besserer Ergebnisse, wozu eine bessere Bewirtschaftung notwendig gewesen wäre, der Besitzerin einen baren Gewinn von 190 000 M. dafür gewähren wollen, daß auf dem Gute in dem Vorjahre fast gar nichts getan worden war. Der Kauf zerschlug sich — weil der Käufer die Anzahlung nicht pünktlich leisten konnte!

Man hätte also die Wirtschaft in sachverständige Hände bringen können, wenn man auf die Besitzerin einen Druck unter Hinweis auf die drohende Zwangsverwaltung oder Enteignung ausgeübt hätte. Das kostet den Staat keinen Pfennig und brachte der volkswirtschaftlich höchst überflüssigen Besitzerin noch 190 000 M. Gewinn — ein Geschäft, bei dem Volkswirtschaft, Verkäufer und Käufer nicht besser auf ihre Rechnung kommen konnten.

Warum das nicht geschehen ist, ist eine Frage für sich. Sie zu beantworten vermag jeder, der weiß, mit welchem Geiste heute noch die ausführenden Organe der Staatsgewalt ihre Weisungen „befolgen". S-s.

Organisierte Harzbewirtschaftung.

Verhandlungen des Reichswirtschaftsministeriums mit den deutschen Forstverwaltungen und den Harzinteressenten führten, wie die P. P. N. erfahren, zu einem beachtenswerten Ergebnis. Die Verbände der Harz verbrauchenden Industrien sowie die diesen Verbänden nicht angehörenden Harzverbraucher haben sich zur Deutschen Harzgesellschaft m. b. H., Berlin W 8, zusammengeschlossen. Diese Gesellschaft erstrebt keinen Gewinn. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, die gesamte Erzeugung der deutschen Forstverwaltungen auf Grund von Lieferungsverträgen zu übernehmen, sie auf Fertigharz und Nebenprodukte verarbeiten zu lassen und sie gleichmäßig der gesamten deutschen Harz verbrauchenden Industrie zuzuführen. Die Preußische Regierung hat sich bereit erklärt, den gesamten Harzausfall ihrer Waldungen der Deutschen Harzgesellschaft käuflich zu überlassen. Es ist zu hoffen, daß auch die übrigen deutschen Länder diesem Beispiel folgen.

In einer der Wirtschaft Rohstoff- und Warenknappheit kann nur zentrale Erfassung und schlüsselmäßige Verteilung der Preistreiberei und dem Schiebertum ein Ende machen. Vielleicht kommen wir auch wieder dahin, daß den Holz-, Häute- usw. Auktionen ein Ende gemacht und gemeinwirtschaftlichen Trustgesellschaften die Verteilung übertragen wird.

Das Reichswirtschaftsgericht soll nach einer Verordnung, die im Reichsrat angenommen worden ist, für alle ihm durch Gesetz übertragenen Entscheidungen zuständig sein. Die Beisitzer sollen den Titel „Reichswirtschaftsgerichtsräte" führen. Ausdrücklich wurde auch festgesetzt, daß der Anwaltszwang ausgeschlossen ist. Der Vorsitzende kann jeden Rechtsverständigen oder Sachverständigen als Vertreter zulassen, wenn nicht besondere Bedenken gegen seine Person vorliegen. Die Höhe der Gebühren wurde allgemein auf 5 Proz. vom Werte des Objekts festgesetzt, während bisher das Verfahren kostenlos war.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

A. WERTHEIM G. m. b. H.

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Große Schuhwaren-Abteilungen in allen 4 Geschäften

Damen-Stiefel 200.00 250.00
Herren-Stiefel 220.00 250.00
Kinder-Stiefel 70.00 88.00